

23. Sitzung

Dienstag, den 27.09.2005

Erfurt, Plenarsaal

**Probleme bei der Arbeit und
der Kontrolle von Unterneh-
men mit Landesbeteiligung**

2336

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/1165 -

**Geschehnisse um die Erfurter
Flughafen GmbH**

2336

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 4/1184 -

*Nach Begründung des Antrags der Fraktion der SPD - Drucksache 4/1165 -
erstattet Minister Trautvetter einen Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags
der Fraktion der PDS - Drucksache 4/1184 -.*

*Auf Verlangen aller Fraktionen findet gemäß § 106 Abs. 1 GO eine Ausspra-
che zu dem Bericht der Landesregierung, zu Nummer 2 des Antrags der
Fraktion der PDS - Drucksache 4/1184 - und zu dem Antrag der Fraktion
der SPD - Drucksache 4/1165 - statt.*

*Während der Aussprache erhält der Abgeordnete Heym (CDU) einen Ord-
nungsruf.*

*Die Erfüllung des Berichtersuchens zu Nummer 1 des Antrags der Frak-
tion der PDS - Drucksache 4/1184 - wird aufgrund des Widerspruchs der
Fraktion der Linkspartei.PDS gemäß § 106 Abs. 2 GO mit Mehrheit festge-
stellt.*

*Nummer 2 des Antrags der Fraktion der PDS - Drucksache 4/1184 - wird
mit Mehrheit abgelehnt.*

*Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 4/1165 - wird in den Num-
mern I und III jeweils mit Mehrheit abgelehnt und in Nummer II mit Mehr-
heit angenommen.*

Anwesenheit der Abgeordneten:

Fraktion der CDU:

Althaus, Bergemann, Carius, Diezel, Emde, Prof. Dr. Goebel, Grob, Groß, Grüner, Gumprecht, Günther, Heym, Holbe, Jaschke, Köckert, Kölbel, Dr. Krapp, Dr. Krause, Krauß, Kretschmer, von der Krone, Lehmann, Lieberknecht, Mohring, Panse, Reinholz, Rose, Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski, Schröter, Schugens, Schwäblein, Seela, Dr. Sklenar, Stauch, Stauche, Tasch, Trautvetter, Walsmann, Wehner, Wetzel, Worm, Dr. Zeh, Zitzmann

Fraktion der Linkspartei.PDS:

Bärwolff, Blechschmidt, Buse, Enders, Gerstenberger, Dr. Hahnemann, Hausboldt, Hausold, Hennig, Huster, Jung, Dr. Kaschuba, Dr. Klaubert, Kummer, Lemke, Leukefeld, Naumann, Nothnagel, Reimann, Dr. Scheringer-Wright, Sedlacik, Skibbe, Thierbach, Wolf

Fraktion der SPD:

Bausewein, Becker, Doht, Döring, Ehrlich-Strathausen, Matschie, Pelke, Dr. Pidde, Pilger, Dr. Schubert, Taubert

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Ministerpräsident Althaus, die Minister Diezel, Dr. Gasser, Prof. Dr. Goebel, Reinholz, Schliemann, Dr. Sklenar, Trautvetter, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski	2336, 2337, 2340, 2346, 2350, 2351, 2352, 2353, 2355, 2357, 2358
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	2360, 2361, 2362, 2363
Becker (SPD)	2336
Buse (Die Linkspartei.PDS)	2358, 2363
Doht (SPD)	2346
Lemke (Die Linkspartei.PDS)	2340, 2357, 2362
Matschie (SPD)	2362
Dr. Schubert (SPD)	2353, 2360
Schwäblein (CDU)	2355, 2357, 2358
Wetzel (CDU)	2350, 2351, 2352
 Schliemann, Justizminister	 2358
Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr	2337, 2361, 2362

Die Sitzung wird um 15.32 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich eröffne die Sondersitzung des Plenums des Thüringer Landtags und heiße Sie heute Nachmittag hier herzlich willkommen. Ich begrüße auch unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und die Vertreter und Vertreterinnen der Medien. Die heutige Sitzung wurde gemäß Artikel 57 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf Antrag der Fraktionen der Linkspartei.PDS und der SPD einberufen. Die entsprechende Unterrichtung liegt Ihnen in Drucksache 4/1238 vor.

Als Schriftführer hat neben mir Platz genommen die Abgeordnete Wolf und die Rednerliste führt der Abgeordnete Rose.

Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Herr Abgeordneter Fiedler, Frau Abgeordnete Dr. Fuchs, Herr Abgeordneter Höhn, Frau Abgeordnete Künast, Herr Abgeordneter Ohl und der Herr Abgeordnete Gentzel.

Aufgrund der Dringlichkeit habe ich gemäß § 17 Abs. 4 Satz 1 der Geschäftsordnung Herrn Andreas Schulze, Herrn Torsten Wanschura und Herrn Daniel Kovac - alle drei von RTL - für die heute stattfindende Plenarsitzung eine Sondergenehmigung für Bild- und Tonaufnahmen erteilt.

Ich möchte Ihnen folgenden Hinweis zur Tagesordnung geben: Die Landesregierung hatte bereits zur 21. und 22. Plenarsitzung angekündigt, zu dem Beratungsgegenstand des heutigen Tagesordnungspunkts 2 von der Möglichkeit eines Sofortberichts gemäß § 106 Abs. 2 der Geschäftsordnung Gebrauch zu machen.

Ich frage die Abgeordneten: Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung widersprochen? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich sehe keinen Widerspruch. So gilt die Tagesordnung als festgestellt und ich rufe die **Tagesordnungspunkte 1 und 2** zusammen auf

Probleme bei der Arbeit und der Kontrolle von Unternehmen mit Landesbeteiligung

Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 4/1165 -

Geschehnisse um die Erfurter Flughafen GmbH

Antrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 4/1184 -

Für die Fraktion der SPD wird Frau Becker die Begründung des Antrags geben. Bitte, Frau Abgeordnete Becker.

Abgeordnete Becker, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Schwäblein, ich möchte für die SPD-Fraktion

(Zwischenruf aus dem Hause)

- besondere Gäste muss man schon besonders begrüßen - sprechen. Die SPD-Fraktion hat die jüngsten Vorgänge um den Erfurter Flughafen als Anlass gesehen, um die bisherige Praxis der Besetzung der Aufsichtsräte von Landesgesellschaften mit Ministern und Staatssekretären wieder einmal auf die Tagesordnung zu setzen.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Wieder einmal.)

Ja, es ist nicht das erste Mal und so lange, wie sich die Landesregierung keine Besserung auferlegt, wird das auch noch weiter so gehen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Es geht darum, bei der Besetzung von Aufsichtsräten, insbesondere bei dessen Vorsitz, Interessenkonflikte von vornherein auszuschließen. Das betrifft die Fälle, in denen die entsandten Minister oder Staatssekretäre gleichzeitig auch über die hoheitliche Aufsicht oder über die Vergabe von Fördermitteln entscheiden müssen. Das war in unserem vorliegenden Fall leider so da, weil Herr Richwien für beides zuständig war.

Die sich immer mehr verdichtenden Hinweise auf erhebliche Missstände um den Erfurter Flughafen zeigen ganz deutlich, dass die bisher ausgeübte Praxis der Landesregierung, sehr viele Aufsichtsratsposten durch Minister oder Staatssekretäre zu besetzen, sich wirklich nicht als günstig erwiesen hat. In der Kritik sind genau die Bereiche, in denen wir als SPD-Fraktion schon im vergangenen Jahr bzw. schon längere Zeit darauf hingewiesen haben, dass Konflikte einfach vorhanden sind. So wird im Zusammenhang mit dem Flughafen Erfurt die Ermittlung von Passagierzahlen in Frage gestellt. Aber genau diese Zahlen sind Voraussetzung für die Förderung der Ausbaustufen des Flughafens. Zur Erin-

nerung: In den Haushaltsjahren von 1991 bis 2004 hat die Flughafen GmbH Fördermittel in Höhe von 200 Mio. € erhalten. Des Weiteren geht es auch um die Frage der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften. Erst heute wurden in der Presse wieder darüber Einzelheiten bekannt und Zweifel an diesen Sicherheitsvorschriften auf dem Erfurter Flughafen geäußert. Auch an dieser Stelle werden Interessenkonflikte offenbar, wenn ein Staatssekretär einerseits im Aufsichtsrat die Interessen des Unternehmens beachten soll und andererseits auf die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften dringen muss. Die aktuellen Ereignisse und nicht nur diese, die ich jetzt kurz angesprochen habe, auch die Mobbingvorwürfe von einigen Mitarbeitern des Flughafens und insbesondere auch das Verhalten der CDU-Fraktion in der letzten Plenarsitzung haben uns dazu veranlasst, gemeinsam mit der Linkspartei.PDS-Fraktion, die heutige Sondersitzung einzuberufen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Auch hat die Landesregierung, das hatte ich eingangs schon gesagt, nicht verlauten lassen, ob sie Konsequenzen aus ihrem misslichen Handeln in den letzten Jahren ziehen will und ob sie davon absehen will, dass Minister und Staatssekretäre gleichzeitig in Aufsichtsräten sind, die in dem Ministerium ...

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt)

Ja, ich meine, Herr Reinholz ist ja auch noch so ein Mitglied, das uns da gleich einfällt. Nur der Einzige, der die Flucht nach vorn ergriffen hat und ausgerissen ist, gerade zu einem Zeitpunkt, als er es vielleicht nicht tun sollte, als Aufklärung notwendig war, das war Herr Richwien. Deshalb halten wir diese Sondersitzung für gegeben und auch für sehr wichtig, um Aufklärung im Rahmen des Flughafens Erfurt zu erzeugen und weitergehend dann auch mit den Beteiligungen der Landesgesellschaften, der Staatssekretäre und Minister, die in diesen Gesellschaften noch vorhanden sind. Wir hoffen, dass die Landesregierung auch mal zu Konsequenzen greift.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt)

Natürlich, Herr Minister, alle.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Wünscht die Fraktion der Linkspartei.PDS das Wort zur Begründung ihres Antrags? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Herrn Minister Trautvetter, den Sofortbericht zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion

der Linkspartei.PDS hier zu geben.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Der Trautvetter richtet aber auch überall Unheil an, egal in welchem Ministerium.)

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir eine einleitende Bemerkung. Die Staatsanwaltschaft prüft nach Kenntnis der Landesregierung derzeit Vorwürfe gegen den Geschäftsführer der Flughafen Erfurt GmbH, Herrn Ballentin. Ich bitte um Verständnis, dass die Landesregierung den Prüfungen der Staatsanwaltschaft nicht vorgreifen kann.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Sie sollen auf konkrete Fragen antworten!)

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Ruhe!)

Herr Lemke, warten Sie doch erst mal ab, bis ich meinen Bericht gegeben habe. Ich habe doch gesagt, ich bin bei einigen Vorbemerkungen. Ich gehe doch noch gar nicht auf Ihren Antrag ein. Also bitte, in aller Ruhe zuhören, danach können Sie sich hier melden.

(Beifall bei der CDU)

Im Gegensatz zur Opposition kann und wird sich die Landesregierung auch nicht in Spekulationen, Annahmen oder Vermutungen ergehen

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Da oben sitzen die Leute!)

und für das Handeln der Landesregierung, und das gilt für jedes Ressort, die mit dem Flughafen zu tun haben, sind allein die belastbaren Tatsachen ausschlaggebend. Die Themen, die wir hier aufgrund des Antrags der Fraktion der Linkspartei.PDS im Plenum behandeln, sind bereits zu einem großen Teil Gegenstand im Ausschuss für Bau und Verkehr am 25. August 2005 auf Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS und der SPD gewesen. Deshalb freue ich mich heute, die Öffentlichkeit auch über die Themen, die bereits im Ausschuss beraten wurden, informieren zu können.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Das hätten Sie im Ausschuss machen sollen.)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das hätten Sie früher tun können.)

Der Landesregierung steht es nicht zu, die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zu bewerten.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

In Bezug auf die Fördermittelabrechnung ist zu berichten, dass die Prüfungen bis zum Jahre 1993 vollständig verwaltungsmäßig abgeschlossen sind. Für das Jahr 1991 wurde eine Rückforderung einschließlich Verzinsung von 28.998,01 DM geltend gemacht, die bis zum 20.12.1993 an die Staatshauptkasse Thüringen überwiesen wurde. Für das Jahr 1992 wurde eine Rückforderung von 1.238.786,39 DM geltend gemacht, die nach zeitweiliger Stundung am 2. Februar 2004 verbucht wurde. Für das Jahr 1993 wurde zunächst eine Rückforderung von 895.288,54 DM erhoben, die am 23. September 1998 beglichen wurde. Hierzu erging zusätzlich ein Zinsbescheid in Höhe von 268.995,45 DM, zu dem ein Zahlungseingang am 18. Mai 1999 gebucht wurde. Eine weitere Rückforderung von 97.364,89 DM wurde im Jahre 2000 erhoben. Die Zahlung dieser Summe erfolgte am 28. Dezember 2000. Bei der Verwendungsnachweisprüfung zur Projektförderung wurden bisher insgesamt 34.240,86 DM mit Zahlungseingang jeweils am 10. Mai 1999 zurückgefordert.

Hinsichtlich der Bearbeitung der noch nicht abschließend geprüften Geschäftsjahre ist zu berichten, dass die Vorprüfung der Verwendungsnachweise für die Haushaltsjahre 1994 bis 1998 von der Mittelrheinischen Treuhand vorgenommen wurde. Es haben sich bei der Vorprüfung der Verwendungsnachweise durch die Mittelrheinische Treuhand Hinweise auf Verstöße ergeben. Die Prüfungsergebnisse der Mittelrheinischen Treuhand wurden vom Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr mit Schreiben vom 9. Dezember 2004 an den Thüringer Rechnungshof übermittelt und für das weitere Verfahren überprüft und vorbereitet. Die daraus resultierenden Anhörungsschreiben sollen bis Ende Oktober verschickt werden. Das Anhörungsschreiben für das Jahr 1994 liegt der Flughafen Erfurt GmbH bereits vor. Parallel dazu wurden durch das Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr bereits die Mittel, die ab dem Jahre 1999 im Rahmen der Gesamtfinanzierung ausgereicht wurden, umfangreich fachlich vorgeprüft.

Insgesamt waren bzw. sind Investitionen von knapp 200 Mio. € mit über 81 Hauptgruppen für Einzelmaßnahmen im Bereich Grunderwerb, Gebäude, bauliche Anlagen, Anlagen und Betriebsausstattung zu prüfen. Diesem Umfang der Maßnahmen und den parallel verlaufenden Prüfungen ist es geschuldet, dass noch Arbeiten im Rahmen von Prüfungen erforderlich sind, bei denen die Förderung bereits längere Zeit zurückliegt. Selbstverständlich wird die Landesregierung geeignete Maßnahmen ergreifen, wenn die Prüfungen Anlass zu Beanstandungen

geben. Zur Höhe möglicherweise daraus resultierender Rückforderungen kann derzeit keine Aussage getroffen werden, denn es gehört zum Procedere eines belastenden Verwaltungsakts - und die Rückforderung stellt einen solchen dar -, dass die Entscheidung über eine Rückforderung erst nach der verpflichtenden Anhörung des Fördermittelempfängers erfolgen kann. Vorsorglich, so hat uns die Flughafen Erfurt GmbH unterrichtet, ist eine Rückstellung gebildet worden. Ich gehe übrigens davon aus, dass bislang keine Verjährung von Forderungen eingetreten ist.

Die Unterscheidung von Baumaßnahmen im ersten und zweiten Bauabschnitt beim Ausbau des Flughafens Erfurt bezieht sich ausschließlich auf die Befestigung des Vorfeldes. Der zweite Bauabschnitt des Vorfeldes durfte nach Maßgabe des Planfeststellungsbeschlusses vom 22. Dezember 1995 erst begonnen werden, wenn eine Passagierzahl von 500.000 oder mehr erreicht worden war.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich aus dem Planfeststellungsbeschluss: „Das Vorfeld wurde auf eine Stellplatzanzahl von 14 Stellplätzen für den Linien- und Charterverkehr sowie 60 Stellplätzen für Luftfahrzeuge der allgemeinen Luftfahrt begrenzt. Im Rahmen dieser Begrenzung ist die Versiegelung von neuen Abstellflächen abhängig von der Entwicklung der Passagierzahl. Die Ausbaustufe 1 darf erst begonnen werden, wenn mehr als 300.000 Passagiere pro Jahr am Flughafen Erfurt abgefertigt werden. Mit der Ausbaustufe 2 darf erst begonnen werden, wenn mehr als 500.000 Passagiere pro Jahr abgefertigt werden. Ausgenommen sind Versiegelungsmaßnahmen auf dem Vorfeld zur luftseitigen Erschließung der Frachtspace sowie der luftseitigen Erschließung von Hallen und Versorgungsgebäuden, die unabhängig vom Passagieraufkommen dann begonnen werden dürfen, wenn die Baugenehmigungen für diese Bauwerke vorliegen.“ So weit aus dem Planfeststellungsbeschluss.

Die Flughafen Erfurt GmbH hat mit Schreiben vom 17. Januar 2001 in Bezug auf den Planfeststellungsbeschluss schriftlich der Luftfahrtbehörde im damalig zuständigen Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur mitgeteilt, dass die Passagierzahl von 500.000 im Jahr 2000 am Flughafen Erfurt überschritten worden ist. Für das Jahr 2000 weist das Verkehrsstatistiksystem der Flughafen GmbH 508.665 Passagiere aus. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Verkehrsflughäfen zählt für das Jahr 2004 181.573 Passagiere und das Statistische Bundesamt 441.721 gewerbliche Passagiere. Die vom Antragsteller behaupteten Unterschiede bei der Erfassung der Passagierzahlen gibt es nicht, denn alle genannten Statistiken benutzen die Angaben der

Flughafen Erfurt GmbH. Allerdings werden die Rohdaten durch den Nutzer unterschiedlich ausgewertet. Die Flughafen Erfurt GmbH zählt, so wie bei allen anderen Flughafengesellschaften in Deutschland üblich, sowohl die abgefertigten Passagiere des gewerblichen als auch des nicht gewerblichen Luftverkehrs inklusive Umsteiger und Transit. Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Verkehrsflughäfen zählt hingegen bei den Passagieren nur den gewerblichen Luftverkehr und sie zählt die Umsteiger nur einmal. Berücksichtigt man die unterschiedlichen Auswertungen derselben Quelldaten durch die Nutzer, so folgt daraus, dass die Unterschiede zwischen den Statistiken keinen Hinweis auf Manipulation durch die Flughafen Erfurt GmbH geben bzw. als Beweis dafür dienen können. Allerdings hat ein ehemaliger Mitarbeiter der Flughafen Erfurt GmbH das Ministerium darüber unterrichtet, dass er gegenüber der Staatsanwaltschaft ausgesagt habe, dass die Passagierzahlen manipuliert worden seien. Hierauf haben wir mit der Staatsanwaltschaft Kontakt aufgenommen, um ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen und das Ermittlungsverfahren zu unterstützen. Und Sie werden ja sicherlich die Nachrichten mitbekommen haben, es ist auch üblich, dass in solchen Ermittlungsverfahren auch Durchsuchungen vorgenommen werden, und von daher möchte ich auf das laufende Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft verweisen.

Zu Art und Umfang der arbeitsrechtlichen Maßnahmen muss festgehalten werden, dass die Personalverantwortung bei der Geschäftsführung der Gesellschaft angesiedelt ist. Und weil die Personendaten dem Datenschutz unterliegen, dürfen hier keine konkreten einzelfallbezogenen Angaben gemacht werden. Die Flughafen Erfurt GmbH hat seit Beginn ihrer Tätigkeit Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der Mitarbeiter seit 1992 von 65 auf 118 nahezu verdoppelt. Nach Aussagen der Geschäftsführung der Flughafen Erfurt GmbH gab es im Zeitraum 2000 bis 2005 insgesamt 16 Kündigungen. Die Rechte des Betriebsrates wurden nach Aussage der Personalleiterin der Flughafen Erfurt GmbH in jedem Fall gewahrt. Ein Mitarbeiter hat erfolgreich gegen seine Kündigung wegen falscher Sozialauswahl geklagt. In anderen Fällen wurden Vergleiche abgeschlossen. Eine Kündigungsschutzklage ist noch anhängig. Einwände des Betriebsrats gegen die Kündigung gab es bis zum Zeitpunkt des Bekanntwerdens der Vorwürfe nach Aussage der Geschäftsführung nicht. Betriebsbedingte Kündigungen gab es beispielsweise wegen des Weggangs der Fluggesellschaft Ryanair. Nach dem Wegfall der Verbindung gab es für das Personal leider keine wirtschaftlich verantwortbare Möglichkeit der Weiterbeschäftigung.

Zu den Abmahnungen kann die Landesregierung nur zu dem Zeitraum 2003 bis 2005 berichten, da Ab-

mahnungen nur zwei Jahre in den Personalakten verbleiben dürfen. Im Zeitraum 2003 bis 2005 wurden insgesamt 26 Abmahnungen ausgesprochen. Nach Auskunft der Flughafen Erfurt GmbH wurden diese überwiegend wegen Verstößen gegen die Dienstvorschriften im Sicherheitsbereich und im Bereich mit hohem Publikumsverkehr vorgenommen.

Herr Ballentin ist seit 1992 als Geschäftsführer der Flughafen Erfurt GmbH tätig. Die umfangreichen Modernisierungen des Flughafens auf der Grundlage des Planfeststellungsbeschlusses vom 22. Dezember 1995 wurden durch ihn weitestgehend und erfolgreich abgeschlossen. Unter seiner Leitung entwickelte sich das Flugangebot im operativen Bereich positiv. Das Flugangebot, insbesondere im Urlaubs-Charter-Bereich, am Flughafen Erfurt ist vielfältig.

Trotz erheblicher Umsatzeinbrüche in der Reisebranche durch die Terroranschläge am 11. September 2001 und die allgemein schwierige Wirtschaftslage betrug das operative Ergebnis in den Jahren 1999 bis 2004 jeweils zwischen 1 und 2 Mio. €. Im Jahr 2002 wurde der Flughafen Erfurt durch die Pilotenvereinigung Cockpit mit dem Titel „Airport of the year“ ausgezeichnet. Ausschlaggebend hierfür war der Standard der Sicherheitseinrichtungen auf dem Flughafen Erfurt.

Zu der Frage nach dem Anlass für die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ist anzumerken, dass die Staatsanwaltschaft der Landesregierung schriftlich mitgeteilt hat, dass sie aufgrund der Artikel in der „Thüringer Allgemeinen“ vom 6. August 2005 und 10. August 2005 und der ihr vorliegenden anonymen Schreiben ermittelt. Ihnen, meine Damen und Herren in der Opposition, sind die anonymen Schreiben bestens und vor allem länger als der Staatsanwaltschaft bekannt. Die Staatsanwaltschaft - hätten Sie sie gleich weitergeleitet - wäre heute auch schon vier Wochen weiter in ihren Ermittlungen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Super! Wie bei der TSI. Da sind sie auch schon so weit.)

(Beifall bei der CDU)

Die Konditionen des Anstellungsvertrags des Geschäftsführers der Flughafen Erfurt GmbH bewegen sich im Rahmen der anderen Geschäftsführer vergleichbarer Gesellschaften. Die Landesregierung hat keine der genannten Vergünstigungen vertraglich vereinbart.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Keine?)

Die Landesregierung unterstützt den Beschluss des Aufsichtsrats, wonach der Geschäftsführer aufgefordert wurde, unter sachkundiger, unparteiischer Leitung gemeinsam mit der Interessenvertretung der Mitarbeiterinnen das Gespräch mit dem Ziel einer Verständigung zu führen. Ich habe die Hoffnung, dass es durch die Einschaltung eines Mediators gelingen wird, eine einvernehmliche Lösung mit Teilen der Belegschaft zu finden und das Betriebsklima wieder zu verbessern. Die Landesregierung hat ein hohes Interesse daran, dass der einzige internationale Verkehrsflughafen Thüringens sich weiterhin positiv entwickelt.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie streuen den Menschen Sand in die Augen, wenn Sie ihnen vorgaukeln, als könnte die Landesregierung oder einzelne Abgeordnete die Aufgaben der Geschäftsführung der Flughafen Erfurt GmbH übernehmen.

Meine Damen und Herren, in der Frage nach einem möglichen Druck auf am Flughafen ansässige Reisebüros kann festgehalten werden, dass der Geschäftsführer der Flughafen Erfurt GmbH die Verantwortung für eine möglichst hohe Auslastung des Flughafens trägt. Es ist daher nachvollziehbar, dass er vorzugsweise solche Mieter auswählt, die neben der Verfolgung ihrer eigenen Interessen auch zu einer Kooperation im Interesse einer hohen Auslastung des Flughafens Erfurt bereit sind. Einige Reisebüros am Flughafen Erfurt haben im eigenen Interesse und im Interesse der Reiseveranstalter Kunden, die vom Flughafen Erfurt aus fliegen wollten, zu anderen Flughäfen geschickt, obwohl von Erfurt aus noch Flugplätze frei waren. Dieses für den Flughafen Erfurt schädliche Verhalten hat der Geschäftsführer in einem Schreiben an die Reisebüros aufgegriffen und Schlussfolgerungen gezogen. Inwieweit man dieses Vorgehen als Druck bezeichnen kann, lasse ich dahingestellt. Ich hoffe jedoch, meine Damen und Herren, dass Sie vom Geschäftsführer des Flughafens Erfurt nicht erwarten, dass er der Umsatzsteigerung der Konkurrenz durch in Erfurt ansässige Reisebüros tatenlos zusieht.

Hinsichtlich der Ausschreibung von Leistungen, die durch Dritte erbracht wurden, stellt sich die Situation wie folgt dar: Bei nicht geförderten Maßnahmen wurden nach Auskunft der Flughafen Erfurt GmbH die Leistungen ausgeschrieben, die nach Gesetzeslage ausschreibungspflichtig waren. Bei geförderten Maßnahmen war die Flughafen Erfurt GmbH stets gehalten, die Vergabeverfahren der öffentlichen Hand anzuwenden. Die Vergabeverfahren sind unter anderem auch Gegenstand der bereits erwähnten Verwendungsnachweisprüfung. Darüber hinaus hat im Rahmen der Jahresabschlussprüfung die jeweilige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Ordnungsmäßig-

keit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz zu bewerten.

Im Ergebnis dessen haben die Wirtschaftsprüfer keine Verstöße festgestellt. Dies wurde nochmals ausdrücklich von den Wirtschaftsprüfern im Schreiben vom 18. August 2005 bestätigt.

Meine Damen und Herren, bei aller politischen Auseinandersetzung bitte ich Sie, die Vorverurteilung nicht fortzusetzen. Die Geschäftsführung der Flughafen Erfurt GmbH hat wie jeder andere von uns auch den Anspruch auf die Unschuldsvermutung. Mit Blick auf unsere in der Verfassung Artikel 53 Absatz 3 verankerte Pflicht, auch als Abgeordnete die Verfassung und damit selbstverständlich auch die Rechtsstaatlichkeit zu achten, müssen die Beschlussvorschläge abgelehnt werden. Alles andere würde zu einer Vorverurteilung des Geschäftsführers und seiner Mitarbeiter führen.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Das ist nicht richtig. Das wissen Sie ganz genau.)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich frage: Wer wünscht die Aussprache zum Sofortbericht, zu Nummer 1 des Antrags der Fraktion der PDS? Alle drei Fraktionen wünschen diese Aussprache. Es gibt ebenfalls Wortmeldungen zu Nummer 2 des Antrags der Fraktion der PDS und zu dem Antrag der Fraktion der SPD. Ich rufe auf als ersten Diskussionsredner Herrn Lemke, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Lemke, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Minister Trautvetter, wenn man Ihnen jetzt so zugehört hat und das kurz zusammenfasst, dann heißt das, da oben ist alles in Ordnung. Wir haben den besten Geschäftsführer, den wir uns überhaupt vorstellen können. Alles andere ist frei gefunden. Für die Opposition war es eh nur Gedöns und Getöse. Dem ist wohl nicht so. Schauen Sie sich nur die Besuchertribüne an,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

die ist voll mit Mitarbeitern des Flughafens Erfurt, die sehr interessiert zugehört haben, was Sie hier zum Besten gegeben haben.

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Die sind alle aufgehetzt worden.)

Auslöser für die heutige Debatte waren zwei anonyme Schreiben. Das ist richtig. Aber zu behaupten, die Opposition hätte sie viel länger als Sie sie gekannt haben, dann hätten Sie sich mal bei Ihrem Staatssekretär rückversichern müssen, der in der Ausschuss-Sitzung gesagt hat, dass ihm die Schreiben sehr wohl bekannt waren. Ich weiß nicht, was dieser Hinweis hier soll. Wer einfach nur nicht gehandelt hat, seine eigene Aussage ...

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Er hat sie sich besorgt.)

Er hat sie sich besorgt. Herr Trautvetter,

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Er hat sie sich besorgt.)

wo gibt's denn die? Im toten Briefkasten oder wo liegen die rum?

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Die zwei anonymen Schreiben sind erst in der Sommerpause sowohl der SPD-Fraktion als auch meiner Fraktion zugegangen. Die Vorwürfe in diesem Schreiben, die sich gegen den Geschäftsführer und den Verkehrsleiter des Flughafens richten, sind so massiv und vielschichtig, dass die Kollegen der SPD diese der Staatsanwaltschaft übergeben haben, und deswegen haben sie ermittelt.

Die Vorwürfe lauten konkret:

- die Fördermittelabrechnungen werden bewusst verzögert,
- Mitarbeitern wird unter Androhung von arbeitsrechtlichen Maßnahmen untersagt, bei der Erledigung dieser Vorgänge ein zu hohes Tempo anzuschlagen,
- zu vergebende Aufträge werden nicht ausgeschrieben und im familiären Umfeld bzw. Freundeskreis vergeben,
- es kommt immer wieder zur privaten Nutzung von Flächen, Gegenständen und Arbeitspotenzial des Flughafens,
- Beleidigungen, Aufforderung zur Denunziation, Bedrohung und Nötigung von Angestellten bis hin zum gezielten Mobbing von Mitarbeitern sollen gängige Instrumentarien von Geschäftsführer und Verkehrsleiter sein,
- Passagierzahlen sollen massiv geschönt worden sein.

Alle erhobenen Vorwürfe fokussieren sich auf zwei Personen - Flughafenchef Ballentin und Verkehrsleiter Schäfer. Die Vorwürfe, die den Tatbestand der Untreue erfüllen, sind von der Staatsanwaltschaft geprüft worden. Das Ergebnis war: Es besteht ein Anfangsverdacht, so dass nun wegen Untreue ermittelt wird. Die Ermittlungen dazu dauern zurzeit an.

Zur Intensität der Ermittlungen möchte ich an dieser Stelle nur eines anmerken: Man könnte sich ein höheres Tempo durchaus vorstellen und es wäre angesichts des jetzt schon entstandenen Imageschadens auch wünschenswert. Ermittelt wird gegen den Geschäftsführer. Wenn den Gesellschaftern, aber auch dem Aufsichtsrat daran gelegen wäre, die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft aktiv zu unterstützen, wie Sie es eben auch noch einmal gesagt haben, wäre die sofortige Beurlaubung und die Erteilung eines Hausverbots für die betreffenden Personen ein richtiger Schritt gewesen. Aber die verantwortlichen Gremien reagieren gar nicht, lassen die betreffende Person - den Geschäftsführer in diesem Falle - weiter im Unternehmen schalten und walten. Warum?

Die Fördergeldabrechnungen werden vom Landesrechnungshof jetzt verstärkt untersucht. Es ist schon bemerkenswert, wenn uns im Jahr 2005 darüber berichtet wird, dass jetzt erst das Jahr 1994 abschließend geprüft worden ist. Ich frage mich ernsthaft: Wie wird in diesem Land mit Fördergeldern und deren Abrechnung umgegangen? In den geprüften Jahren sind Rückforderungsansprüche aufgetaucht, die im Millionenbereich liegen. Wenn man das hochrechnet, könnten dem Land inzwischen Gelder im hohen zweistelligen Bereich entzogen worden sein, die dringend an anderer Stelle benötigt werden. Und noch eines kommt dazu: Durch die Verkürzung der Verjährungsfrist auf drei Jahre könnte es dazu kommen, dass Gelder dem Land dauerhaft verloren gehen. Wer ist für die schleppende Abrechnung verantwortlich und wer übernimmt die Verantwortung für mögliche Verluste? Ich denke, hier handelt es sich eindeutig um Verstöße, die im unmittelbaren Verantwortungsbereich des Geschäftsführers liegen. Ist dieser nicht willens oder nicht in der Lage oder gar beides, diese Aufgabe wahrzunehmen? Dann muss er von dieser Position entbunden werden.

Gleichzeitig muss man jedoch fragen: Warum reagieren Gesellschafter und Aufsichtsrat nicht und warum wird nicht auf zeitnahe Abrechnung gedrängt? Der Landesrechnungshof ist gut beraten, seine Untersuchungen zu forcieren und zu vertiefen. Es ist zu hoffen, dass sowohl der Landesrechnungshof als auch die Staatsanwaltschaft schnell zu Ergebnissen kommen und wir dann diesen Teil der Beschuldigung qualifiziert würdigen können.

Passagierzahlen sollen geschönt worden sein. Die Frage, die man sich stellt: Warum soll man das tun? Worin liegt der Vorteil? Der Vorteil wird dann deutlich, wenn man weiß, und Sie haben es heute noch einmal ausgeführt, dass der weitere Ausbau des Flughafens unmittelbar an das Erreichen von bestimmten Passagierzahlen gebunden war - bei Nichterreichen kein Ausbau. Wie kommt man also zu den entsprechenden Zahlen? 508.000, wie es nach Ihrer Rechnung hier passiert ist, ist ja eine Punktlandung. Wie klasse Sie das hinbekommen haben.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Wir doch nicht.)

Nein, natürlich Sie nicht. Sie sind auch gar nicht in der Verantwortung. Die Frage, die man sich stellt: Worin liegt der Vorteil? Das habe ich eben schon gesagt. Der Vorteil wird dann deutlich, wenn man weiß, dass nur dann ausgebaut wird, wenn diese Zahlen erreicht werden. Unterschiedliche Zählweisen einzelner Institutionen, auch dazu haben Sie etwas gesagt, führen sicherlich zu unterschiedlichen Zahlen. Aber das erklärt natürlich nicht abschließend, warum am Erfurter Flughafen im Gegensatz zu allen vergleichbaren Flughäfen die Passagierzahlen gestiegen sind, bei den anderen jedoch deutliche Rückgänge verzeichnet werden mussten in derselben Zeit. Sollte vielleicht doch etwas daran sein, dass Mitarbeiter und ehemalige Mitarbeiter davon sprechen, dass sie vom Verkehrsleiter zur Manipulation aufgefordert sind? Ich hoffe, dass auch hier die Staatsanwaltschaft mit Hochdruck ermittelt. Aber was machen die verantwortlichen Gremien in der Zeit? Sie versuchen, die Öffentlichkeit mit sehr fadenscheinigen Erklärungen zu beruhigen. Sie handeln weder gegen den Verkehrsleiter, der namentlich mit den Manipulationen in Verbindung gebracht wird, noch gegen den Geschäftsführer, dem die Kontrolle über diese Vorgänge obliegt. Warum wird nichts unternommen? Wieso ist es möglich, Flächen des Flughafens privat zu nutzen? Der Flughafen ist ein sehr sensibler Bereich, für den besondere Sicherheitsbestimmungen gelten. Der Staatssekretär des Finanzministeriums hat uns das erst in der Mündlichen Anfrage nochmals bestätigt. Gelten diese Bestimmungen für den geschäftsführenden Verkehrsleiter nicht? Wie begründet man, dass die verantwortlichen Gremien nicht reagieren, wenn bekannt wird, dass in einer Halle die Privatyacht des Geschäftsführers untergestellt wird, dass daran Wartungsarbeiten durchgeführt werden, dass dafür betriebliche Mittel und Personal abgestellt worden ist? Die Yacht hing z.B. mehr als 24 Stunden am Haken eines Krans. Dieser Kran stand der Flughafenfeuerwehr für diese Zeit nicht zur Verfügung. Der Kran musste bedient werden. Das Bedienpersonal stand für diese Zeit der Feuerwehr nicht zur Verfügung. Wer verantwortet das? Der Geschäftsführer ja wohl nicht, denn er hat das im pri-

vaten Interesse veranlasst. Sind dem Flughafen die Kosten vom Geschäftsführer erstattet worden? Dazu haben Sie nichts gesagt. Wurden Miete für die Fläche, für den Kran und die Personalkosten für die Techniker bezahlt? Dazu haben Sie nichts gesagt. Wer verantwortet, dass Personal und Technik, die für die Sicherheit des Flughafens unbedingt notwendig sind, wegen privater Arbeit nicht zur Verfügung standen? Auch dazu habe ich nichts gehört. Was tun die verantwortlichen Gremien? Nichts. Es wird geduldet, dass der Geschäftsführer seine Funktion missbräuchlich ausnutzt. Was ist auf dem Flughafengelände eigentlich erlaubt? Ist es erlaubt, seinen persönlichen Hobbys nachzugehen? Da werden Modellflugzeuge während der Arbeitszeit lackiert, mit denen später Flugversuche auf dem Flughafengelände durchgeführt werden. Da habe ich von Ihnen nichts gehört. Das alles findet in einem Sicherheitsbereich statt, wo es eigentlich nichts zu suchen hat. Der Verkehrsleiter scheint das jedoch anders zu sehen und der Geschäftsführer will nichts sehen, genau wie die zuständigen Gremien. Eine Kontrolle der Geschäftsführung scheint überhaupt nicht stattzufinden. Oder wie ist zu erklären, dass ein Rasentraktor, der eigentlich abgeschrieben war, dann auf Kosten des Flughafens überholt worden ist, dann verladen und in den Yachtclub Wiesbaden gebracht wurde? Mitglied des Yachtclubs ist wer? Geschäftsführer Ballentin, welch Zufall. Als Transportmittel wurde ein Flughafenfahrzeug genutzt. Ebenfalls mit Flughafenfahrzeug nach Wiesbaden gebracht wurden etliche hundert Meter Maschendrahtzaun, die zuvor vom Flughafenpersonal gereinigt werden mussten. Dieser Zaun aus dem Westbereich des Flughafens, nur einige wenige Monate alt, hatte ausgedient, als die Fläche vergrößert worden ist. Man hat für die neue Umzäunung neuen Zaun bestellt, der alte hätte es auch getan, war aber anscheinend für einen anderen Ort bestimmt. War das alles legal? Wie viel Geld ist dafür in die Kasse des Flughafens geflossen? Wussten die Gremien von diesen Transaktionen; wurden sie befürwortet? Viele Fragen, die da offen sind.

Wenn sich Gesellschafter und Aufsichtsrat nicht dafür interessieren, hoffentlich tut es die Staatsanwaltschaft. Gesellschafter und Aufsichtsrat scheinen keinerlei Interesse an der Prüfung der Vorwürfe zu haben, denn ihnen reicht es scheinbar, die Beschuldigten zu befragen, und man gibt sich mit deren Antworten zufrieden. Alle Anschuldigungen betreffen den Geschäftsführer in Person. Die Reaktion der verantwortlichen Gremien - keine. Warum eigentlich nicht?

Meine Damen und Herren, welches Interesse kann eigentlich der Flughafen Erfurt daran haben, dass die private Fluglizenz des Geschäftsführers ständig erneuert wird? Zum Führen der Geschäfte ist es jedenfalls nicht notwendig. Da alle Kosten jedoch vom Flughafen übernommen werden, muss es strate-

gische Gründe geben oder es ist einfach nur Bestandteil eines luxuriös ausgestalteten Arbeitsvertrags. Es ist scheinbar nicht so, wie Sie gesagt haben; dann frage ich mich, warum das noch niemandem aufgefallen ist! Was stehen denn noch für Vergünstigungen in diesem Vertrag? Sie sagen: keine. Wer soll Ihnen das noch glauben? Die jährliche Anhebung des Gehalts vielleicht, Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld? Die Beschäftigten verzichten seit einiger Zeit nicht gerade freiwillig darauf. Was hat dieser Geschäftsführer, was ihn so privilegiert und so unantastbar macht?

Meine Damen und Herren, kommen wir jetzt zu den arbeitsrechtlich relevanten Verstößen. In den letzten Jahren gab es nicht nur unzählige Abmahnungen, deren Begründungen nicht das Papier wert sind, auf das sie geschrieben sind. Es gab auch Kündigungen. Kündigungen sind an sich ja ein durchaus legitimes Mittel und im Arbeitsrecht verankert. Im Fall des Flughafens muss man jedoch genauer hinsehen. Da werden erst Personen- und verhaltensbedingte Kündigungen ausgesprochen. Mit denen geht man jedoch regelmäßig vor dem Arbeitsgericht baden. Man macht dann irgendwann betriebsbedingte Kündigungen daraus, zahlt dann Abfindungen. Man kündigt aber auch betriebsbedingt. Damit geht man jedoch auch baden, weil für gekündigte Personen neu eingestellt wurde. Wieder zahlt man Abfindungen. Die mir bekannt gewordenen Fälle machen in Summe einen sechsstelligen Betrag aus. Ich frage: Was machen die verantwortlichen Gremien? Antwort: Nichts. Sie nehmen in Kauf, dass dieser Geschäftsführer dem Unternehmen Geld entzieht, weil er seinen Aufgaben als Geschäftsführer nicht nachkommt. Was passiert mit der Erkenntnis? Wieder nichts. Warum? Warum, Herr Trautvetter?

Meine Damen und Herren, ich werde jetzt auf die Nötigungs- und Mobbingvorwürfe eingehen, für mich die Vorwürfe, die am schwersten wiegen, da es hierbei um die Mitarbeiter und deren Gesundheit geht. Um den Sachverhalt und die Zusammenhänge besser verstehen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit notwendig. Er ist deshalb wichtig, um die Handlungsweise des Betriebsrats einordnen zu können, von dem immer wieder gesagt wurde, er hätte etwas tun müssen und er hätte die ganze Sache regeln können. Vielleicht ist da ein Fünkchen Wahrheit dran, aber man sollte wissen, welche Position ein Betriebsrat in dieser GmbH hat. 1993 erklärten sich drei Mitarbeiter des Flughafens bereit, unter Mithilfe der Gewerkschaft ÖTV einen Betriebsrat zu installieren. Dazu musste ein Wahlvorstand gebildet werden. Diese drei Mitarbeiter, deren Namen mir vorliegen, bildeten den Wahlvorstand. Ab diesem Moment wurden sie vom Geschäftsführer Ballentin und seinen Gehilfen zu Vogelfreien erklärt. Hatten diese drei Mitglieder bis zur Bildung des Wahlvorstands

noch nicht eine arbeitsrechtliche Maßnahme über sich ergehen lassen müssen, überschlugen sich jetzt die Ereignisse. Einer Abmahnung folgte die nächste, bis dann allen dreien gekündigt wurde bzw. sie so entnervt waren, dass sie selber gekündigt hatten. Parallelen zur jetzigen Situation, auf die ich später eingehen werde, sind mehr als deutlich und nicht zufällig. Während der Kampagne gegen die drei Kollegen wurde die Durchführung der Betriebsratswahl so massiv durch Herrn Ballentin behindert, dass mit Datum vom 08.07.1993 eine Strafanzeige gegen Herrn Ballentin durch die ÖTV gestellt worden ist. Die Ermittlungen sind aufgrund formeller Fehler des Antragstellers später eingestellt worden. Das Verfahren an sich hat jedoch dazu geführt, dass die Wahl durchgeführt werden konnte. Die drei Kollegen des Wahlvorstands waren jedoch nicht mehr da. Während zwei von ihnen völlig entnervt und desillusioniert waren, hat sich der Dritte massiv zur Wehr gesetzt und das Gericht hat ihm Recht gegeben. Ein Vergleich musste her und 15.000 DM sind geflossen. Der Arbeitsplatz aber war weg, weil das Klima eine Weiterbeschäftigung nicht zuließ. Die Geschäftsleitung hatte es geschafft, sich unliebsamer Mitarbeiter zu entledigen.

Die Parallele zu heute ist: Der Betriebsrat wird auch heute massiv unter Druck gesetzt. Heute wie damals war die Landesregierung involviert; damals in aktiver Form, heute, wo sie handeln müsste, in passiver Form. Damals wurde der Kollege, der es gewagt hatte, im Wahlvorstand mitzuarbeiten, und es dann auch noch gewagt hat, sich gegen die ungerechte Behandlung zu wehren, mit Hilfe eines Landesministeriums entfernt. Wie ist das gelaufen? Die Landesluftfahrtbehörde Thüringen, also das Verkehrsministerium, ernennt laut Luftverkehrsgesetz den Beauftragten für Luftaufsicht. Diese Position wird mit einem Menschen besetzt, der über spezielle Kenntnisse verfügt und ansonsten als integer eingeschätzt wird. Der betreffende Kollege war ab dem Moment menschlich nicht mehr geeignet, als er Mitglied des Wahlvorstands wurde. Die anstehende Verlängerung seiner Berufung wurde mit Verweis auf die nun nicht mehr vorhandene Integrität verweigert. Die Verweigerung wurde ihm bekannt gemacht vom zuständigen Verantwortlichen der Landesluftfahrtbehörde Herrn Dr. Nelles.

(Unruhe bei der SPD)

Ja, meine Damen und Herren, das ist der gleiche Herr, der im Sinne der Sicherheit den Flugplatz Altenburg vorsorglich gesperrt hat. Er scheint immer dort beteiligt zu sein, wo es mächtig stinkt und einseitig entschieden wird. Rein zufällig ist er natürlich gut befreundet mit Geschäftsführer Ballentin. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Der Exkurs in die Vergangenheit sollte Ihnen zeigen, welche Tradition es in diesem Unternehmen hat, unliebsame Mitarbeiter zur Kündigung zu drängen oder ihnen zu kündigen. Kündigungen, die durch die Geschäftsleitung ausgesprochen worden sind und gegen die die Betroffenen geklagt haben, sind vom Arbeitsgericht als unrechtmäßig aufgehoben worden. Verhaltens- und personenbedingte Kündigungen mussten zurückgenommen werden, weil es dafür keine Grundlagen gab. Immer wieder ist der Geschäftsführer vor dem Arbeitsgericht gescheitert, immer wieder hat er Kosten verursacht für Gericht und für Abfindungen, Gelder, die dem Geschäftsbetrieb entzogen worden sind. Die Reaktion der Gesellschafter: Keine. Fehlanzeige - wegschauen und dulden. Warum? Der Aufsichtsrat hätte zu der Zeit schon erkennen können, ja müssen, dass diese Geschäftsleitung ihren Aufgaben einer ordnungsgemäßen Geschäftsführung nicht nachkommt. Schon hier hätte die Bremse gezogen werden müssen.

Das bewusste Wegschauen des Aufsichtsrats und der Gesellschafter hat letztendlich dazu geführt, dass sich auf dem Flughafen ein Szenario entwickeln konnte, das so aussieht: Der Betriebsrat agiert nur noch über einen Anwalt, die Geschäftsleitung, und hier vor allem die Herren Schäfer und Ballentin, hat ein Klima der Angst geschaffen, was darin mündet, dass Mitarbeiter krankgeschrieben werden mussten und psychologischer Hilfe bedurften. Die Herren nutzen ihre Führungspositionen, um Mitarbeiter zu demütigen, sie zu bedrängen, sie zu beleidigen und ihnen nahe zu legen, selbst zu kündigen. Sie nutzten Instrumente wie Abmahnungen, die werden wie beim Fließbandverfahren ausgesprochen und sind größtenteils nicht einmal das Papier wert, auf dem sie geschrieben stehen. Sie drohen ständig mit dem Verlust des Arbeitsplatzes und sie benutzen befristet eingestellte Frauen dazu, über ihre Kolleginnen und deren Aktivitäten Protokoll zu führen. Eine Sauerei sondergleichen.

(Beifall bei der Linkspartei. PDS, SPD)

Den Protokollanten werden unbefristete Arbeitsverträge versprochen. Diese Vorgehensweise ist nicht nur zu verurteilen, sie ist schlicht widerlich. Alle diese Vorgänge sind inzwischen bekannt, sie sind den Gesellschaftern bekannt und sie sind auch der CDU-Fraktion bekannt. Der anonym geäußerte Verdacht, dass Mobbing zum Tagesgeschäft der Geschäftsleitung gehört, ist inzwischen personalisiert. Passiert ist jedoch nichts.

Die Sondersitzung des Ausschusses für Bau und Verkehr, auf die Sie vorhin verwiesen haben, war einberufen worden, um die bekannt gewordenen Pro-

bleme zu lösen und um den Imageschaden für den Flughafen zu begrenzen und um Antworten vom Gesellschafter zu hören. Zu dieser Zeit wurde von der CDU und vom Gesellschafter beklagt, man sei nicht im Besitz der Briefe und man kennt die Vorwürfe deshalb nicht. Man musste sich fragen: Lesen die Herrschaften keine Zeitung? Die Antwort, die man darauf bekommen wird, gebe ich mir gleich selbst und die wird lauten: Man kann ja nicht alles glauben, was in der Zeitung steht. Das stimmt sicher auch in vielen Fällen, aber hier liegt der Fall etwas anders. Die Aufgabe eines Gesellschafters besteht u.a. auch darin, die Fürsorgepflicht für die Beschäftigten wahrzunehmen. Wenn man dieses ernst genommen hätte, dann wäre man den geäußerten Vermutungen nachgegangen, um die Mitarbeiter im Falle, dass sich das alles bestätigt, zu schützen. Das hat man aber nicht getan, weil es Ihnen egal ist, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion und der Landesregierung. Ich komme darauf noch zurück.

Ganz bizarr wird es, wenn der Gesellschafter - das Finanzministerium - ebenfalls die Vorwürfe nicht kennen will, aber Minuten später darüber berichtet, dass der Geschäftsführer einen mehr als 100 Seiten langen Bericht vorgelegt hat, aus dem erkennbar sei, dass alle Vorwürfe nicht haltbar sind. Ich frage mich: Wenn die Vorwürfe nicht bekannt sind, was kann denn in einem Bericht von mehr als 100 Seiten stehen?

(Zwischenruf Diezel, Finanzministerin:
Weil wir die Zeitung gelesen haben.)

Alles, was nicht bekannt ist, wird widerlegt. Hat Ballentin seine Memoiren auf 100 Seiten geschrieben? Ihr Haus, Frau Diezel, hat davon abgeleitet, was es ableiten wollte.

Meine Damen und Herren, es passt doch alles nicht zusammen. Die CDU hat bisher nur versucht, das Thema vom Tisch zu bekommen. Herr Schwäblein - wo ist er? Gerade war er noch da. Herr Schwäblein, der sich gern als Retter aller Verfolgten in Szene setzt, lässt sich sogar dazu hinreißen, Anträge der Opposition dahin gehend zu bewerten, was zu behandeln ist und was nicht. Herr Schwäblein, ich glaube, bei Ihnen ist mehr aus vergangener Zeit, als Sie noch fester Bestandteil der Nationalen Front waren, hängen geblieben, als Sie sich selbst eingestehen wollen.

(Zwischenruf Abg. Lieberknecht, CDU:
Unverschämt!)

Die Möglichkeit von Zensur scheint jedenfalls einen nachhaltigen Eindruck bei Ihnen hinterlassen zu haben. Sie können der Versuchung einfach nicht widerstehen, es mal wieder zu versuchen.

(Unruhe bei der CDU)

Meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, konnten Sie sich bei der Ausschuss-Sitzung noch hinter der Anonymität der Schreiben verstecken, so ging es danach nicht mehr.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Mit Mehrheit.)

Ich habe Mitgliedern Ihrer Fraktion mehrfach angeboten, bei mir Unterlagen einzusehen. Was haben Sie gemacht? Nichts. Mit dem Nichts im Rücken haben Sie noch eins drauf gesetzt. Nachdem bekannt geworden ist, dass ich im Auftrag der betroffenen Frauen Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Erfurt gestellt habe, und nachdem eine Betroffene den Ministerpräsidenten um Hilfe gebeten hat, da haben Sie die sieben Frauen eingeladen. Man könnte meinen, Sie wollten helfen. Aber weit gefehlt! Sie bringen es tatsächlich fertig und stellen noch nicht einmal einen Abgeordneten für das Gespräch ab. Sie schicken Ihren Geschäftsführer Herrn Minschke. Mit welcher Intention Sie dieses Gesprächsangebot unterbreitet haben, bleibt schleierhaft. Aber was da passiert ist, spricht für sich. Die Frauen sind überhaupt nicht dazu gekommen, Ihre Probleme zu schildern. Herr Minschke hat weder diesbezüglich Fragen gestellt noch die Geduld aufgebracht, die Frauen erzählen zu lassen. Er hat nichts anderes zu tun gehabt, als den Frauen zu erklären, dass dieses Thema nicht in die Politik gehört, dass meine Aktivitäten dem Wahlkampf geschuldet sind und ich überhaupt nichts für sie bewegen könnte. Herr Minschke hat den Frauen dann tatsächlich Folgendes erklärt - hören Sie genau hin, ich zitiere: „Ich kenne den Mercedes unter den Anwälten.“ Was auch immer das ist. Gemeint ist Rechtsanwalt Lödige von der Kanzlei Rechtsanwälte Spilker & Kollegen aus Erfurt. Dieser Mercedes würde die sieben Damen vertreten und er könnte gleich einen Termin vereinbaren. Natürlich ist Voraussetzung, dass die Damen eine Rechtsschutzversicherung haben. Natürlich, sonst könnte der Anwalt ja gar nicht bezahlt werden - vollkommen klar.

Meine Damen und Herren, ich bin entsetzt darüber, dass ein offizieller Vertreter der CDU nichts weiter vorhat, als einem Rechtsanwalt Fälle zu vermitteln und sich dabei keinen Deut um die wahren Probleme der Frauen schert. Der Rechtsanwalt und die Kanzlei sind nicht nur der CDU sehr nahe stehend - nein, sie kennen zum Glück auch die Anwälte der Gegenseite gut. Wenn man das alles bewertet, wird einem der Zusammenhang zum Mercedes deutlich. Die Frauen sollten eine Bauchlandung erleben, eben wie dieses Fahrzeug beim Elchtest.

Ergebnis dieses unschönen Vorgangs ist, es interessiert die CDU eigentlich nicht wirklich. Das Thema

sollte vom Tisch und man hat dem Schein, helfen zu wollen, Genüge getan. Nur, meine Damen und Herren der CDU, Sie haben eines dabei vergessen: Man hat die Frauen psychisch und physisch kaputt gespielt, aber ihren gesunden Menschenverstand konnte man ihnen nicht nehmen. Deshalb ist Ihr sehr durchschaubarer Versuch gescheitert.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Sie können bei der Abstimmung beweisen, ob Sie helfen wollen oder nicht.

Meine Damen und Herren, der Aufsichtsrat ist in seiner Sitzung in der vorvergangenen Woche zu dem Ergebnis gekommen, am Flughafen ist alles in Ordnung und es ist kein Problem da, was nicht auch intern lösbar wäre. Minister Trautvetter bläst in dasselbe Horn. Es drängt sich die Frage auf: Wie ist der Aufsichtsrat zu diesem Ergebnis gekommen? Mit den Betroffenen ist nicht geredet worden. Weder der Aufsichtsrat noch die Vertreter der Gesellschafter haben das Gespräch gesucht. Das Ergebnis kann also nur die Stellungnahme einer Seite, nämlich die des Geschäftsführers, zum Hintergrund haben. Es drängt sich einem da schon die Frage auf: Will man nicht objektiv beurteilen können und wenn das so ist, welche Gründe gibt es dafür? Ein Aufsichtsgremium, aber auch die betroffenen Gesellschafter müssten eigentlich großes Interesse haben, die Vorgänge aufzuklären, um wieder zu einer normalen Arbeit zurückkehren zu können. Leider scheint der Aufklärungsdrang nicht sehr ausgeprägt zu sein. Diese Lethargie bei der Kontrolle von Landesgesellschaften geht über diesen Fall weit hinaus und bedarf schnellstens Änderungen.

Meine Damen und Herren, der Aufsichtsrat will einen Mediator einsetzen, der völlig unabhängig die Vorgänge am Erfurter Flughafen untersuchen soll. Ein Mediator, der ggf. aus den Reihen des Bundesarbeitsgerichts kommen könnte, so wird gemunkelt. Was soll eigentlich ein Mediator in einem Unternehmen, in dem alles in Ordnung ist, herausfinden? Vergleichbare Verfahren mit einem hochrangigen Mediator sind bei den Kosten im sechsstelligen Bereich angesiedelt. Wer bezahlt das? Die Belegschaft verzichtet auf Sonderzahlungen, der Aufsichtsrat leistet sich einen Mediator - wie geht das zusammen?

Meine Damen und Herren, wir brauchen keinen Mediator. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Untreue. Nun wird sie hoffentlich sehr schnell die Ermittlungen wegen Nötigung und Körperverletzung aufnehmen. Die Voraussetzungen dafür sind geschaffen. Die sieben Frauen haben meiner Anzeige nun einen Strafantrag folgen lassen und gleichzeitig ihre Ärzte von der Schweigepflicht entbunden. Das sollten Sie sich einmal auf der Zunge zergehen las-

sen in der Mitte des Hauses, sie haben ihre Ärzte von der Schweigepflicht entbunden. Das macht man nicht einfach so nebenbei, das muss schon einen tieferen Hintergrund haben.

Es ist an uns, hier und heute den Weg zu ebnen, dass alles dafür getan wird, dass der Flughafen aus den Schlagzeilen kommt, dass die Frauen wieder zur Arbeit gehen können, ohne Angst zu haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, wer zahlt den Frauen eigentlich den Verdienstausschlag, der durch fehlende Schichtzuschläge momentan entsteht und spätestens nach sechs Wochen Krankschreibung weiter entsteht. Wir sollten den Gesellschafter zum Handeln verpflichten und die sofortige Beurlaubung der Herren Schäfer und Ballentin fordern. Das hat nichts mit Vorverurteilung zu tun, die Herren können Sie nicht vor sich selbst schützen. Die Betroffenen sitzen heute im Saal. Viele andere, die sich noch nicht offiziell aus der Deckung getraut haben, tun das immer mehr. Sie mussten ja heute - sicherlich zum Entsetzen, Herr Minister - schon wieder die neuesten Vorwürfe lesen und inzwischen stehen sie auch im Schwarzbuch des Steuerzahlerbundes. Wie glücklich, in einem Flughafen, wo alles in Ordnung ist.

Die Betroffenen sitzen, wie gesagt, im Saal und erwarten Ihre und unsere Hilfe. Ich rufe Sie deshalb auf, unserem Antrag zu folgen und den Gesellschafter zum Handeln zu bewegen, so wie unter Punkt 2a und 2b beschrieben.

Als Letztes erneuere ich mein Angebot: Wer immer noch nicht weiß, was in den Briefen drinsteht, der kann sie nach wie vor bei mir einsehen, wenn Sie denn irgendwann mal Interesse dafür haben. Und wenn Sie Interesse an diesem Fall haben, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat die Abgeordnete Doht, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Doht, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mit der heutigen Sondersitzung fordern wir die Landesregierung erneut auf, zu den massiven Vorwürfen, die von verschiedenster Seite an der Geschäftsführung und der Aufsicht des Flughafens geäußert wurden, Stellung zu beziehen. Wir hatten der Landesregierung bereits verschiedene Gelegenheiten und Podien geboten, zur Aufklärung in der jetzigen Flughafenaffäre beizutragen. Mit einer fast unerträglichen

Arroganz und Ignoranz haben Sie jede dieser Gelegenheiten verstreichen lassen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Auch Ihr heutiger Bericht, Herr Minister Trautvetter, in der heutigen Plenarsitzung hat wenig zur Aufklärung beigetragen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Wer in dieser Weise mit den Belangen und Sorgen von Menschen umgeht, der darf sich über sein schlechtes Abschneiden bei der Bundestagswahl, insbesondere in Thüringen, und über eine wachsende Politikverdrossenheit nicht wundern.

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion: Die Abgeordneten sind für die Bürger da und nicht umgekehrt. Und wie Sie in der letzten Plenarsitzung mit Geschäftsordnungstricks versucht haben,

(Unruhe bei der CDU)

das Thema Flughafen zu schieben, das kann man nicht als bürgernah bezeichnen, das ist eher unwürdig für dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Art, der eigenen Verantwortung aus dem Weg zu gehen, setzen Sie konsequent den Kurs fort, den Sie bereits in der Flughafenaffäre um Altenburg-Nobitz - damals zum Glück erfolglos - eingeschlagen haben. Auch damals haben Sie versucht, mit immer neuen Begründungen und Ausreden die Verantwortung für Ihr massives Fehlverhalten zu leugnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

So waren es zunächst die Bundesregierung, dann wandernde Bäume, später dann der Landrat oder auch die Flughafengesellschaft in Nobitz, die für die Schließung des Flughafens verantwortlich gewesen sein sollten. Mit Ihrer Politik haben Sie nicht nur dem Flughafen in Nobitz, sondern dem Ansehen der Politik und der Verwaltung insgesamt schwer geschadet.

Genau dieselbe Politik der organisierten Verantwortungslosigkeit wiederholen Sie jetzt in Erfurt. Auch hier ist bereits erheblicher Schaden für den Flughafen eingetreten. Sie aber zeigen bis heute

keinerlei Anstalten, den eingetretenen Schaden zu begrenzen. Eine Landesregierung, die wissentlich oder aufgrund von Gleichgültigkeit solche Zustände in einer Landesgesellschaft duldet, handelt nicht nur den Interessen des Flughafens, sondern des gesamten Landes zuwider. Die jetzige Flughafenaffäre ist ein weiterer vorläufiger Höhepunkt der verheerenden Luftverkehrspolitik des Landes, die schon mit den Fehlentscheidungen zur Flughafenlandschaft in Thüringen Anfang der 90er-Jahre begann, die sich über die Förderung unwirtschaftlicher Fluglinien bis hin zu Nobitz fortsetzte. Dieses gehäufte Versagen der Landesregierung zeigt erneut, dass Ministerpräsident Althaus gegenüber seiner Regierungsmannschaft entweder keine Kontrolle ausübt oder dazu nicht mehr in der Lage ist.

(Beifall bei der SPD)

Und, Herr Ministerpräsident - nun ist er leider wieder nicht da -

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Doch, da hinten. Er ist da.)

gut -, ich kann Ihnen nur sagen, Sie hätten sich in den letzten Monaten vielleicht mehr um Ihre Aufgaben hier in Thüringen kümmern sollen, anstatt in jeder Talkshow in Berlin aufzutreten. Für das Land wäre das mit Sicherheit besser gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere Sie auf, ziehen Sie endlich sachliche und persönliche Konsequenzen.

(Heiterkeit bei der CDU)

Insbesondere mit Blick auf die gegen die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat der Erfurter Flughafen GmbH erhobenen Vorwürfe erscheinen solche Konsequenzen geboten.

Aber kommen wir zu den einzelnen Vorwürfen: Da ist zum einen die Praxis der Fördermittelabrechnung. Teilweise fehlen noch immer Verwendungsnachweise aus den Jahren 1994 bis 1998. Das ist wohl nicht nur in Thüringen, sondern auch in ganz Deutschland einmalig. Es muss daher geklärt werden, wer für eine solche Schlamperei zuständig ist und welche Auswirkungen dies für das Land hat. Und, Herr Minister Trautvetter, wenn Sie vorhin hier die Rückforderungen angeführt haben, so sind Rückforderungen in diesen Größenordnungen ja wohl auch kein Beweis dafür, dass verantwortungsvoll mit Fördermitteln umgegangen wurde, sondern sie sind eigentlich nur ein Beweis dafür, wie Fördermittel weiter verschwendet wurden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Vorgänge bieten sich geradezu an für eine Untersuchung durch den Rechnungshof, und wir hoffen, dass diese auch zeitnah stattfindet. Jeder kleine Unternehmer, der hier 50.000 Mark vom Land für irgendetwas bekommt, ja selbst ein Verein, der ehrenamtlich geführt wird und Fördermittel bekommt, muss innerhalb von Jahresfrist einen entsprechenden Verwendungsnachweis bringen, sonst sind die Fördermittel zurückzuzahlen.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr)

Natürlich ist das so. Und hier sind 10, 12 Jahre ins Land gegangen und Sie können immer noch nicht sagen, wie die Fördermittel verwendet wurden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Zu der Abweichung der Passagierzahlen: Hier ist auch zu fragen, wie diese Abweichungen zustande kommen. Auch hierzu haben Sie heute keine Antwort gegeben.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Na, na.)

Dies hat insbesondere Relevanz, weil die jährlichen Passagierzahlen Voraussetzung für die Förderung des Ausbaus des Flughafens waren. Es ist ja wohl unumstritten, dass die 500.000 erreicht werden mussten, weil sie Voraussetzung waren für den 2. Bauabschnitt bzw. für die Fördermittel. Umstritten war im Ausschuss schon die Zählung der Passagiere durch den Erfurter Flughafen und es ging dabei nicht nur um die Frage, welche Passagiere für die Förderung berücksichtigt werden durften. Im Ausschuss ist angeführt worden, wenn Herr Putin in Thüringen hier einfliegt, dass er dann nicht als normaler Passagier gezählt worden wäre - gut, das mag sein, aber so oft ist er nicht in Thüringen angefliegen, dass hier eine Differenz von 60.000 zustande kommt, denn das Statistische Bundesamt hat Zahlen in Höhe von 441.700 geliefert, während Sie von 504.000 oder 508.000, also gerade die Zahlen, die den 2. Bauabschnitt und die entsprechende Förderung gerechtfertigt haben, ausgehen. Ich sage ganz deutlich: Aus verkehrspolitischer Sicht ist es sicher wünschenswert, wenn diese Zahlenangaben die Förderung des weiteren Ausbaus des Flughafens auch tragen könnten. Gleichwohl muss aber hier den Fragen nachgegangen werden, ob es bewusste Manipulationen gab, wer von diesen Manipulationen wusste, wenn es sie denn gab, und ob eine voraussetzungswidrige Förderung für die Verantwortlichen am Ende ohne Konsequenzen bleiben darf. Ich sage es ausdrücklich, hier verlangen wir Aufklärung. Wenn wir dann

auf der anderen Seite erfahren, dass es nächtliche Handwerkerbesuche gab bei abgestellten Überwachungskameras, wie in der letzten Zeit zu lesen war, dann können wir davon ausgehen, dass es bislang hier keine Aufklärung gab, sondern man muss noch auf weitere unangenehme Überraschungen warten.

Zu den Mobbingvorwürfen: Nachdem die Vorwürfe, wie z.B. Mobbing, unrechtmäßige Abmahnung, zunächst anonym erhoben wurden, haben sich die Mitarbeiterinnen inzwischen ja auch öffentlich dazu bekannt. Herr Minister Trautvetter, ich lasse das hier nicht so stehen, dass Sie die Opposition angreifen, weil sie die Weiterleitung anonymen Briefe angeblich verzögert hätte. Das ist nicht der Fall. Ihr Staatssekretär hat im Verkehrsausschuss zugegeben, dass er bereits am 30. Mai, also lange vor der Opposition, Kenntnis von diesem anonymen Brief hatte. Und was hat er gemacht? Er hat mit dem Betriebsrat und der Geschäftsführung gesprochen, so steht es zumindest im Ausschussprotokoll. Haben Sie denn den Brief an die Staatsanwaltschaft weitergegeben und wann haben Sie den weitergegeben?

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär:
Das sind zwei unterschiedliche Briefe.)

Ich kenne Ihren Brief nicht, ich weiß nur, dass er auch anonym ist. Woher wollen Sie dann beurteilen, dass es zwei unterschiedliche Briefe sind? Was haben Sie denn mit Ihrem anonymen Brief gemacht, selbst wenn es ein anderer war?

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär:
Das werden wir Ihnen heute noch sagen.)

Die erhobenen Vorwürfe legen nahe, dass das willkürliche Verhalten der Geschäftsführer gegen die Angestellten des Flughafens aufgrund der daraus resultierenden schlechten Motivation der Mitarbeiter geschäftsschädigend für den Flughafenbetrieb gewesen ist. Diesen Vorwurf hat auch die Presse bereits mehrfach aufgegriffen. Warum der Aufsichtsrat dieses offenbar die Mitarbeiter und den Flughafen schädigende Verhalten bis heute geduldet hat, muss geklärt werden und auch zu diesem Punkt gab es von der Landesregierung bislang keine Erklärung, wie dieses Verhalten künftig unterbunden werden soll - bis auf die geplante Einführung eines Mediators. Hier vertrete ich die gleiche Auffassung wie mein Kollege Lemke: Es kann nicht sein, dass die Mitarbeiter auf Zulagen, auf Weihnachtsgeld und Ähnliches verzichten und hier in Größenordnungen Summen für einen Mediator ausgegeben werden. Dann sollte doch lieber einmal über Konsequenzen innerhalb der Geschäftsführung nachgedacht werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, wir unterstützen ausdrücklich den PDS-Antrag, den Geschäftsführer bis zur Klärung aller Vorwürfe zu beurlauben. Das ist keine Vorverurteilung, wie Sie hier weismachen wollen, nein, es dient der zweifelsfreien Aufklärung der Verhältnisse vor Ort und die kann aus unserer Sicht nur auf dem Wege der Beurlaubung wirksam erreicht werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Das Thema „zugedackte Kameras“ habe ich vorhin schon angesprochen.

Es kann uns nicht befriedigen oder ausreichen, wenn lediglich die Geschäftsführung selbst zu den Vorwürfen Stellung nehmen soll. Das Ergebnis einer Stellungnahme durch einen Beschuldigten zeigt immer nur eine Seite der Wahrheit. Wir aber wollen die ganze Wahrheit wissen.

Lassen Sie mich auch zu den Mobbing-Vorwürfen im Einzelnen kommen. Auffallend ist an den Mobbing-Vorwürfen am Erfurter Flughafen, dass es sich nicht um Einzelfälle, sondern um eine Vielzahl von Fällen handelt, dass es grundsätzlich gegen Frauen geht, und diese zeigen auch immer wieder dasselbe Handlungsmuster der Geschäftsführung. Man kann die Vorwürfe also keinesfalls, wie teilweise versucht wurde, als Racheakt einzelner frustrierter Mitarbeiter abtun, vielmehr ergibt sich aus den uns bereits bekannten Fällen ein Bild einer Geschäftsführung, die das Betriebsklima und die Betriebskultur durch Willkür und Maßlosigkeit massiv gestört hat.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Im Flughafen Erfurt scheint eine Kultur des Draufhauens zu herrschen. Die Leitung hat sich offenbar nie um die Motivation und Zufriedenheit ihrer Mitarbeiter bemüht. Gerade an einem Reiseflughafen wie Erfurt ist dies aber unabdingbare Voraussetzung für einen entsprechenden freundlichen Umgang der Mitarbeiter mit den Fluggästen. Eine Betriebsleitung, die an einem Flughafen ein solches Betriebsklima schafft, und ein Aufsichtsrat, der dies vorsätzlich oder in Unkenntnis zulässt, haben schon allein deshalb dem Flughafen und damit auch dem Land erheblichen Schaden zugefügt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Besonders erschütternd ist, auf welche Weise die Geschäftsführung offenbar dazu beigetragen hat, eine ursprünglich gefestigte und gut funktionierende Teamarbeit vollständig ihrer Grundlage zu entziehen. Die Art des Umgangs mit den Mitarbeiterinnen des Flughafens, wie er uns gegenüber geschildert wurde und wie er sich auch aus der vorliegenden Aktenlage

ergibt, ist durch nichts zu entschuldigen. Besonders verwerflich ist, wie mit Ängsten der Mitarbeiter um ihren Arbeitsplatz und ihre persönliche Zukunft gespielt wird. Die Vorwürfe, die für manche Mitarbeiterinnen zu drastischen arbeitsrechtlichen, aber auch persönlichen Maßnahmen bis hin zu Kündigungen geführt haben, sind entweder vielfach nicht erwiesen oder geradezu lächerlich banal. So wurden Abmahnungen wegen einer angeblich unrichtigen Urlaubsplanung ausgesprochen, es gab sogar Abmahnungen, die mit nichts weiter begründet waren als mit der Behauptung, dass andere Mitarbeiter die fachliche Eignung infrage gestellt haben sollen, ohne mit einem Wort zu begründen, worin diese fachliche Nichteignung gelegen haben sollte und weshalb dies eine Abmahnung rechtfertigen kann. Ferner soll es sogar Abmahnungen fürs Kaffeetrinken gegeben haben, die dann noch unmittelbar vor Antritt des Jahresurlaubs ausgesprochen wurden.

Meine Damen und Herren, wenn dies der Maßstab für Abmahnungen und Kündigungen sein sollte, dann müssten wir eigentlich allen unseren Landesbediensteten kündigen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Auch die am Erfurter Flughafen offenbar übliche Einschüchterung der Mitarbeiter durch Anschreien und Beleidigungen geht dabei so weit, dass sich viele sogar nicht einmal mehr trauten, während der Arbeitszeit zur Toilette zu gehen, geschweige denn zu essen oder zu trinken. Solche Beispiele zeigen, dass der Betriebsleitung am Erfurter Flughafen das rechte Maß längst abhanden gekommen ist. In jedem Betrieb kommen Fehler vor; nur wer nicht arbeitet, macht keine Fehler. Aber es ist Aufgabe der Betriebsleitung, Fehler zu vermeiden, ohne die Belegschaft zu verängstigen und völlig zu demotivieren. Anderenfalls werden aus Angst vor weiterem Versagen weiterhin Fehler produziert. Die Betriebsleitung und namentlich Herr Ballentin und Herr Schäfer haben dies nicht vermocht - im Gegenteil. Sie haben ein Klima aus Angst und Motivationslosigkeit erzeugt. Selbst ehemals hoch motivierte und selbstbewusste Mitarbeiter haben angesichts des katastrophalen Führungsstils am Ende resigniert oder selbst gekündigt. Die hohe Fluktuationsrate im Unternehmen deutet auch darauf hin. Drastische Sanktionen bei Bagatellen oder nicht erwiesene Vorwürfe sind typische Machtmittel autoritärer Führungspersonen. In gut geführten Betrieben werden solche Willkürmaßnahmen aus guten Gründen vermieden. Eine Betriebsleitung hat durchaus andere Mittel und Wege, Konflikte zu vermeiden sowie auf tatsächliche oder vermeintliche Fehler einzugehen. Das Bild, das sich beim Blick in den Erfurter Flughafen ergibt, und die Vorwürfe der Mitarbeiterinnen legen nahe, dass die Betriebsleitung aber offenbar die Konfron-

tation mit den Mitarbeitern sucht und provoziert. Mit einem kollegialen Umgang einer kompetenten Betriebsleitung hat dies nichts mehr zu tun.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einen Schwenk in die letzte Legislaturperiode. Da hat sich hier im Thüringer Landtag ein Untersuchungsausschuss mit der Straßenwartungs- und Instandhaltungs-GmbH beschäftigt. Damals hat sich diese Gesellschaft ein Gutachten unter dem Motto „Gesamtbetriebsrat wegen vertrauensvoller Zusammenarbeit“ immerhin über 16.000 DM kosten lassen und auf 23 Seiten wird der Geschäftsführung des Unternehmens auseinander gesetzt, wie man sich des Betriebsrats entledigen kann. Ich lese Ihnen nur mal die Zusammenfassung vor: Wir schlagen Ihnen folgende Vorgehensweise vor:

1. Beschlussverfahren auf Auflösung der einzelnen Betriebsräte der TSI mit Hilfsantrag Amtsenthebung derjenigen Betriebsratsmitglieder, die Mitglieder des Gesamtbetriebsrats der TSI GmbH sind;
2. eventuell einstweiliges Verfügungsverfahren gegen die einzelnen Betriebsratsmitglieder, die Mitglied des Gesamtbetriebsrats der TSI GmbH sind, mit dem Antrag auf Erlass eines vorläufigen Amtsausübungsverbots und
3. Beschlussverfahren gegen den Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats der TSI GmbH auf Amtsenthebung einer einstweiligen Verfügung.

Der gleiche Anwalt, der damals für die TSI diese Zusammenarbeit gemacht hat, vertritt nach meinen Erkenntnissen, wenn es mir richtig berichtet wurde, heute die Geschäftsführung der Flughafen GmbH. Auch Herr Richwien saß damals im Ministerium als Staatssekretär, das die Fachaufsicht über die TSI GmbH hatte.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Welch ein Zufall!)

Hier tun sich durchaus Parallelen auf.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Sie haben sich ja vor den Wahlen oft genug dazu hinreißen lassen, dass Sie Kündigungsschutz, betriebliche Mitbestimmung, all diese Dinge, Gewerkschaftsrechte, massiv einschränken wollten.

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt: Hoffentlich!)

(Zwischenruf Abg. Pilger, SPD: Das ist die Rechtsauffassung der Landesregierung.)

Dass es so weit geht, dass Mitarbeiterinnen gemobbt werden, das ist für uns nicht zu verstehen.

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zu dem, was heute in der TA berichtet wurde: Herr Minister Trautvetter, wenn Sie hier die Sicherheit auf dem Flughafen vorhin so in den Mittelpunkt gestellt haben, die TA schreibt nun mal etwas anderes. Da muss ich sagen, bei Sicherheitsdingen hört am Ende doch die Freude auf. Es kann doch nicht sein, dass an Entscheidungsmitteln und diesen Dingen gespart wird. Ich glaube durchaus in diesem Fall, was hier in der TA steht, da ja auch Name und Hausnummer der entsprechenden Fluggesellschaft benannt sind und das dort bestätigt wurde. Das kann es nicht sein. Es kann auch nicht sein, dass die Feuerwehr für andere Dinge herangezogen wird und letztendlich im entsprechenden Katastrophenfall dann nicht zur Verfügung stehen würde. Ein weiterer Punkt in der Reihe, den Sie nicht aufgeklärt haben.

Lassen Sie mich noch einige Worte zur Rolle des Aufsichtsrats sagen: Neben der Aufklärung der genannten Missstände geht es heute auch um die Rolle des Aufsichtsrats und insbesondere des ehemaligen Vorsitzenden, Herrn Staatssekretär Richwien. Für uns ist zu klären, welche der Vorwürfe wann dem Aufsichtsrat bekannt waren bzw. über welche Abläufe und Vorgänge sich der Aufsichtsrat hätte informieren müssen. Es ist weiter zu fragen, warum der Aufsichtsratsvorsitzende angeblich von den Mobbingvorwürfen, von möglichen Manipulationen der Passagierzahlen und allerlei weiteren Vorwürfen bis zu seinem plötzlichen Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat Ende Juni 2005 keine Kenntnis haben wollte. Jedenfalls seit Mai dieses Jahres wusste Herr Richwien nach eigenen Angaben im Ausschuss von den Mobbingvorwürfen.

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär: Anonym, Frau Doht!)

Seine einzige Reaktion war der prompte Rücktritt darauf als Aufsichtsratsvorsitzender

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Ja, und?)

und er sah keinen Anlass dem nachzugehen. Auf der anderen Seite stellt sich die CDU-Fraktion, stellt sich der Ministerpräsident hin und gehen in die Öffentlichkeit mit einer großen Familienoffensive. Hier selber in diesem Hause wird beklagt, dass Betriebe zu Frauen unfreundlich sind, dass viele junge Frauen dieses Land verlassen, ein Grund für sinkende Geburtenraten auch in den nächsten Jahren und finan-

zielle und fiskalische Probleme auch für dieses Land. Aber in einem eigenen Unternehmen, in dem das Land zu fast 100 Prozent Gesellschafter ist, herrscht ein Heuern und Feuern, da wird mit Frauen umgegangen wie zu schlimmsten Zeiten des Manchester-Kapitalismus und der Staatssekretär entzieht sich seines Aufsichtsratsposten und trägt nichts zur Aufklärung bei,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

auch wenn die Vorwürfe zum damaligen Zeitpunkt nur anonym waren. Inzwischen sind sie lange öffentlich und wir kennen inzwischen das ganze Ausmaß.

Vieles deutet für uns darauf hin, dass Sie sich damals Ihrer Verantwortung entziehen wollten; allein, dass Sie wechselhafte Begründungen angegeben haben, warum Sie denn nun aus dem Aufsichtsrat zurücktreten. Zuerst haben Sie gesagt, der zweite Bauabschnitt, alle Baumaßnahmen sind erledigt, der Flughafen ist jetzt so weit ertüchtigt, ich werde hier nicht mehr gebraucht. Als Nächstes war es dann der Rechnungshof, der gesagt hat, wer Fördermittelgeber ist, kann nicht gleichzeitig im Aufsichtsrat eines Unternehmens sitzen. Das ist übrigens ein Punkt, den wir schon als SPD-Fraktion lange thematisiert haben, aber dann dürften auch andere Kabinettskollegen von Ihnen nicht mehr in den Aufsichtsräten von Landesgesellschaften sitzen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Das betrifft die TTG genauso wie die LEG. Für uns sieht das nur nach Flucht aus.

Meine Damen und Herren, alles in allem muss ich nach der heutigen Berichterstattung durch den Minister sagen: Die Fragen, die wir haben, sind nicht weniger geworden. Sie sind anscheinend an einer lückenlosen Aufklärung der Vorgänge nicht interessiert.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Wetzel, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen Abgeordneten, werte Gäste, ich danke erst einmal dem Minister für seinen Bericht, den er hier abgeliefert hat

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

und darf über die Drucksachen 4/1165 und 4/1184 wie folgt aus der Sicht der CDU-Fraktion berichten: Herr Lemke, sollte es möglich sein, dass es mittlerweile ein drittes anonymes Schreiben gibt? Denn in den Schreiben eins und zwei war von dem, was Sie vorhin erwähnten, nichts, keineswegs und keinesfalls die Rede.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Ich denke, Sie kennen gar keine. Erst kennen Sie keine, jetzt kennen Sie zwei.)

(Heiterkeit bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Kollege Lemke, es ist übrigens ein parlamentarisches Problem, worüber wir uns in den vergangenen Jahren eigentlich immer in sehr guter Form miteinander unterhalten haben. Wenn der eine Unterlagen hatte, die der andere nicht hatte, hat er sie vor Ausschuss-Sitzungen generell erhalten.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Da sitzt ein ...)

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Ich bitte um Ruhe.

Abgeordneter Wetzels, CDU:

Wir handeln hier nicht die Landesregierung aus, wir handeln hier die Ausschussarbeit aus, und zwar die Arbeit unter uns Kollegen Parlamentariern.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Das finde ich schon seltsam. Dass Sie dann großspurig anbieten, man könne in Ihre Unterlagen einsehen - Wer sind Sie denn eigentlich? Sind Sie nicht ein Kollege wie wir alle hier? Wenn wir uns in Ausschuss-Sitzungen treffen, sollten wir auch Waffenlosigkeit herstellen können, zumindest untereinander. Da brauchen Sie nicht auf die Landesregierung zu zeigen noch sonst etwas.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Ich bin nur ohne Waffen frei.)

Ich kenne den Spruch, den, glaube ich, habe ich hier mal geprägt: Ohne Waffen Ruinen schaffen. Das stammt noch aus der Zeit vor 1989 und stammt aus der Stadtumbaugeschichte.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Waren Sie daran auch beteiligt?)

Sie haben vorhin, Herr Kollege Lemke, gesagt, dass der Minister hier gar nicht verantwortlich ist, wie Sie selbst hier festgestellt haben, das haben Sie vorhin gesagt: Herr Minister, Sie sind ja eigentlich gar nicht dafür verantwortlich. Dann frage ich Sie: Warum sitzen wir eigentlich hier? Fest steht, meine Damen und Herren, dass alle Vorwürfe in dieser Richtung bis zum Bekanntmachungstag 06.09., an diesem Tag ist unter anderem auch Aufsichtsratsmitglied gewesen in der Flughafen GmbH, seitens des Aufsichtsrats an die Staatsanwaltschaft mittels eines dicken Ordners schriftlich auf Tinte, Toner und Papier übergeben wurden.

Meine Damen und Herren, in anderen Gegenden Deutschlands macht man mit anonymen Briefen eigentlich Folgendes: Man vernichtet sie. Zum Rechtsstaat Deutschland gehört es in Ostdeutschland wahrscheinlich dazu, dass man sie benutzt und daraus etwas herleitet und präjudiziert. Normalerweise gelten Beschuldigte in der Bundesrepublik Deutschland so lange als unschuldig, bis ihre Schuld bewiesen ist. Sie tun etwas anderes. Sie vorverurteilen einen Menschen und Sie zwingen ihn eigentlich sogar damit, sich zu rechtfertigen, dass er unschuldig ist. Das sind Methoden, die vor 1989 hier in diesem Landstrich Deutschlands üblich waren, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS)

Herr Lemke, lassen Sie mich in aller Ruhe und ohne Hektik fortfahren. In der Bundesrepublik Deutschland, Rechtsstaat, gilt ein Mensch so lange als unschuldig, bis seine Schuld nachgewiesen wurde. Dem kommt die Staatsanwaltschaft im Moment nach.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Da oben sitzen Betroffene.)

Sollte es möglich sein, dass Sie in der Bundesrepublik Deutschland noch gar nicht angekommen sind?

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Sie werden es mir sagen.)

Und die Messen hier im Plenum zu lesen, denke ich, sind vertan, wenn staatsanwaltschaftliche Ermittlungen begonnen haben, und sie haben begonnen, nicht erst seit heute, aber heute nun richtig.

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS)

Schade ist nur, dass sich Menschen instrumentalisieren ließen und gar nicht merkten, dass sie politisch missbraucht werden.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Wen meinen Sie da?)

Der Glaube, dass Ihnen ein Abgeordneter oder eine Partei helfen kann, ist - denke ich - ein Irrglaube.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Wozu sind wir dann da?)

Rechtsanwaltschaftliche Unterstützung wurde abgelehnt, wäre aber wichtig gewesen. Wir werden demnächst, ich weiß nicht, wie viele Betriebe wir in Thüringen haben, alle hier verhandeln. Da bin ich einmal gespannt, wie das dann wird mit unserer restlichen Arbeit.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Das ist eine Landesgesellschaft.)

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Lemke, wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, dann gehen Sie an das Mikrofon.

Abgeordneter Wetzel, CDU:

Frau Präsidentin, das will er doch gar nicht. Er will doch nur stören.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Wen sollen wir denn stören bei dieser Rede?)

(Heiterkeit bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, da gibt es eine GmbH, deren Gesellschafterin der Freistaat Thüringen ist, die sich einen Geschäftsführer gegeben hat und einen Aufsichtsrat, der mittlerweile ca. 120 Beschäftigte hat, dieser Betrieb, und seit dem 30.05.2005 geistern diese anonymen Schreiben herum. Daraus herleitend gab es diese Sitzung am 22.08.2005 im Ausschuss für Bau und Verkehr. Und ich muss noch einmal feststellen, wir hätten vorige Woche Ausschuss-Sitzung gehabt, Bau und Verkehr, und der Kollege Ausschussvorsitzende Ohl hat den Ausschuss ausfallen lassen wegen seinen dringlichen Problemen. Dafür machen wir heute hier Sondersitzung Plenum.

(Zwischenruf Abg. Becker, SPD: Herr Ohl liegt im Krankenhaus und wird heute operiert.)

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Meine Damen und Herren, am 06.09.2005 fand eine Aufsichtsratssitzung statt, in der alle Vorwürfe, die bis zum 06.09.2005 - ich sagte es vorhin bereits - nicht erledigt waren,

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Unglaublich, was Sie hier abliefern.)

entkräftet wurden, bis auf einen Vorwurf, und zwar der Vorwurf des Mobblings. Ich glaube, Mobbing kann man schlecht auf Papier und Toner nachweisen. Aus diesem Grunde war in der Aufsichtsratssitzung ein Mediator-Modell verabredet, dem sogar ver.di seine Zustimmung gegeben hat. Mittlerweile, meine Damen und Herren, spricht der Mediator mit Rechtsanwälten. Ich finde es großartig. Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sollten - egal welche Stoßrichtung Ihr Gedanke Ihres Antrags hatte, ob es nun die Gesellschafterin ist, ob es der Geschäftsführer ist, ob es der Abteilungsleiter Wirtschaft ist, ob es der Aufsichtsrat ist oder alle zusammen oder ob es für Altenburg-Nobitz sein soll, wie auch immer - davon ausgehen, dass wir den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die begonnen haben, nicht im Wege stehen, denn dieses Verfahren ist nun eingeleitet. Am Ende wird Schuld und Unschuld stehen. Diesem Prozess sollten unsere Handlungen auf keinen Fall vorgreifen.

Zu Ihren Fragen, Herr Lemke, Imageschaden: Ich habe bis vorvorige Woche 29 Presseartikel ausgeschnitten und aufgehoben. Ab vorvorige Woche habe ich damit aufgehört zu zählen und auszuschneiden. Und da fragen Sie nach Imageschaden? Meine Damen und Herren von der PDS -

(Zwischenruf Abg. Buse, Die Linkspartei.PDS: Linkspartei - so viel Zeit muss sein.)

Sie haben Recht, Linkspartei.PDS -,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

ich stelle für meine Fraktion Folgendes fest, dass wir zu dem Tagesordnungspunkt 1 unsere Zustimmung geben und den Tagesordnungspunkt 2 ablehnen. Der SPD-Fraktion würde ich die Frage nach eventuell getrennter Abstimmung zu I., II. und III. antragen. Da würde ich von Seiten der CDU-Fraktion dem hohen Hause vorschlagen, I. und III. abzulehnen und II. die Zustimmung zu erteilen. Ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat Abgeordneter Dr. Schubert, SPD-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Schubert, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zwei Vorbemerkungen machen. Erstens, Herr Wetzel, ich finde es unverschämte, wie Sie bezüglich Herrn Ohl aufgetreten sind.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Der Abgeordnete Ohl ist schwer erkrankt, das wissen Sie ganz genau. Das hier so darzustellen, das ist eine Unverschämtheit.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Ich habe eine Ausladung bekommen.)

Zweitens, zu der ganzen Diskussion um die anonymen Schreiben von mir noch eine Bemerkung: Es war die SPD-Fraktion, die die Schreiben an die Staatsanwaltschaft übergeben hat. Sie lagen längst vorher in anderen Bereichen der Landesregierung vor und dort ist nichts getan worden. Wir waren es, die das veranlasst haben. Das zu diesem Thema.

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär: Wo?)

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Welche Schreiben der Landesregierung kennen Sie denn, dass Sie so etwas behaupten?)

Wir haben doch vorhin die Daten gehört, Herr Trautvetter hat es selber gesagt.

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär: Eben nicht!)

Jetzt komme ich zu dem Punkt 1 der heutigen Tagesordnung. Immer wieder hat es in den vergangenen Jahren Probleme, Skandale, Skandalchen bei Gesellschaften mit Beteiligung des Freistaats Thüringen gegeben. Ich erinnere hier nur an die entstandenen wirtschaftlichen Probleme

(Unruhe bei der SPD)

bei der Aufbaubank oder bei der LEG Ende der 90er-Jahre sowie an die Probleme der Gesellschaft für Arbeitnehmerüberlassung Thüringen und

der Thüringer Industriebeteiligungsgesellschaft, die ja sogar zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen geführt haben. Jetzt kommen nun die massiven Vorwürfe und für alle Beteiligten sehr unerquicklichen Schlagzeilen über die Flughafen Erfurt GmbH dazu. Ich möchte an dieser Stelle nicht erneut die inneren Probleme der GmbH ansprechen - das haben Frau Doht und andere hier hinreichend getan. Ich möchte an dieser Stelle die Kontrollmechanismen oder vielmehr das offensichtliche Versagen dieser Kontrollmechanismen und Aufsichtsgremien der Flughafengesellschaft thematisieren. Nach meiner Auffassung wirkt dieser Vorgang ein bezeichnendes Licht auf die Fehlkonstruktion der in Thüringen wirkenden Kontrollmechanismen bei Unternehmen mit Landesbeteiligung. Ich halte es für einen systematischen Fehler, wenn Minister und Staatssekretäre in Aufsichtsräten von Gesellschaften mit Landesbeteiligung agieren, wenn sie gleichzeitig als Fördermittelgeber oder als Fachaufsicht für das besagte Unternehmen Verantwortung haben.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Hier sind Interessenkollisionen nicht auszuschließen. Das sieht übrigens der Thüringer Rechnungshof genauso und fordert seit langem - von der Regierung jedoch bisher unbeachtet - die Beseitigung dieser Unvereinbarkeit. Ich will die generell bestehenden Risiken noch einmal am Beispiel der Flughafengesellschaft exemplarisch verdeutlichen. Das Verkehrsministerium hat die hoheitliche Aufsicht über die Flughafen GmbH und ist auch zuständig für den sehr sensiblen Bereich der Luftaufsicht und der Verkehrssicherheit. Bis vor kurzem war aber der zweite Mann an der Spitze des Ministeriums gleich der erste im Aufsichtsrat der beaufsichtigten Gesellschaft. In solchen Fällen sind Interessenkollisionen in bestimmten Fallkonstellationen geradezu vorprogrammiert. Sicherheit kostet Geld, Flugsicherheit an Flughäfen manchmal auch sehr viel Geld. Das Interesse des Flughafens und auch des Aufsichtsrats ist es aber, möglichst wenig Kosten zu verursachen, die die Gewinnsituation des Flughafens beeinträchtigen. Da werden die zahlreichen Sicherheitsauflagen nicht immer als willkommen angesehen. Das Verkehrsministerium hat auf der anderen Seite unter anderem die Aufgabe, die Sicherheit am Flughafen zu überprüfen und Mängel frühzeitig zu erkennen und darauf einzuwirken. In vielen Fällen hat das Verkehrsministerium die Frage der Flugsicherheit durchaus ernst genommen - ich erinnere hier nur an den Fall No-bitz -, vielleicht sogar etwas zu ernst.

Wie ist es aber, wenn der Staatssekretär dieses kontrollierenden Ministeriums gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender ist? Schlagen da nicht zwei Herzen in seiner Brust? Ich finde, ein besseres Beispiel der Interessenkollision kann es eigentlich gar nicht geben.

(Beifall bei der SPD)

In einem solchen Fall der Interessenkollision ist es auch nicht auszuschließen, dass diese Interessenkollision Entscheidungen in der einen oder anderen Richtung beeinflussen kann. Insbesondere in der Frage der Flugsicherheit müssen wir aber selbst die vage Möglichkeit einer Entscheidungsbeeinflussung ausschließen, damit wirtschaftlicher Druck nicht irgendwann doch zu Einschränkungen in Fragen der Sicherheit führen kann. Bis gestern gab es noch keine stichhaltigen Hinweise darauf, dass es wirtschaftliche Zwänge gab, die zur Einschränkung der Flugsicherheit geführt haben.

Zu meinem Entsetzen musste ich aber heute in der „Thüringer Allgemeinen“ lesen, dass nun doch genau an dieser Stelle schwerwiegende Vorwürfe gegen die Flughafenleitung erhoben werden. So sollen die Angestellten des Flughafens unter Androhung arbeitsrechtlicher Konsequenzen angehalten worden sein, nur ein Minimum an Enteismitteln zur Sicherung der Start- und Landebahn auszubringen. In der TA von heute wird ein Berufspilot mit den Worten zitiert - ich zitiere mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin: „Unter gewissen Wetterbedingungen ist es in Erfurt manchmal lebensgefährlich zu starten oder zu landen.“ Wenn ich dies als Bürger lese, werde ich mir gut überlegen, ob ich meinen nächsten Winterurlaub von Erfurt aus antreten will. Eine solche Aussage ist eigentlich das Schlimmste, was über einen Flughafen gesagt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Der Eindruck, dass an der Sicherheit eines Flughafens gespart werde, wird zahlreiche Fluggäste im wahrsten Sinne des Wortes verschrecken. Einige Mitarbeiter des Flughafens haben es nach Presseangaben auf den Punkt gebracht: „Es wird auf Teufel komm raus an Personal und Material auf Kosten der Sicherheit gespart.“ Wenn jetzt die Landesregierung und die Flughafenleitung hier nicht umgehend handeln, dann könnte sich dieser Imageschaden zu einer wirtschaftlichen Katastrophe für den Flughafen entwickeln. Die Maßnahmen der Landesregierung können und dürfen sich nicht erneut in bloßen Stellungnahmen der Geschäftsführung erschöpfen. Die Landesregierung muss jetzt auch endlich personell eingreifen. Eine Geschäftsführung, die eine solche Sicherheitspraxis angeordnet haben soll, muss von ihren Aufgaben zumindest vorübergehend enthoben werden, und zwar sofort. Solange nicht das Gegenteil bewiesen ist, wird der Imageschaden am Flughafen Tag für Tag größer werden.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Wer dies in Kauf nimmt, gefährdet eines der wichtigsten wirtschaftlichen Unternehmen im Freistaat Thüringen.

Jetzt will ich noch auf die Interessenkollision bei der Vergabe von Fördermitteln eingehen. Problematisch ist es auch, wenn ein Minister oder Staatssekretär zum einen als Aufsichtsratsvorsitzender in der ersten Linie für das Wohl der Gesellschaft verantwortlich sein muss, zum anderen aber auch über die Vergabe von Fördermitteln für diese Gesellschaft entscheiden soll oder später die ordnungsgemäße Verwendung dieser Fördermittel kritisch zu überprüfen hat. Der Minister oder Staatssekretär als Aufsichtsratsvorsitzender ist selbstverständlich an einer besonders guten Ausstattung mit Finanz- und Fördermitteln interessiert. Als Fördermittelgeber ist er aber vor allem zur sparsamen Verwendung der ihm anvertrauten öffentlichen Gelder verpflichtet. Beim Flughafen Erfurt sind das sage und schreibe 284 Mio. €, wenn man die Zahlungsverpflichtung bis 2023 dazunimmt. Der notwendigerweise kritische Blick des Fördermittelgebers fällt in einem solchen Fall schon mal aus nachvollziehbaren Gründen ungleich schwerer aus, denn wer haut sich schon gern mit der linken Hand auf die rechte. Um hier möglichen Vorwürfen von vornherein zu begegnen, sollte die beschriebene Interessenkollision auf jeden Fall vermieden werden.

Fazit: Minister oder Staatssekretäre haben in Aufsichtsräten der von ihnen geförderten Unternehmen nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Gesichtspunkt wäre es im Grunde durchaus zu begrüßen, dass Herr Richwien vom Vorsitz des Aufsichtsrats am Flugplatz zurückgetreten ist. Wie die Ausführungen meiner Vorredner aber nahe legen, war dies weniger eine Folge der späten Erkenntnis und Einsicht, sondern möglicherweise eher ein Rückzug aus der Verantwortung wegen des Versagens als Aufsichtsratsvorsitzender.

(Beifall bei der SPD)

Als ich diesen Rückzug am 22.12.2004 gefordert und das mit möglichen Interessenkollisionen begründet hatte, wurde dies noch zurückgewiesen. Heute dient genau diese Begründung als Grund, warum man den Aufsichtsratsvorsitz niederlegt.

Im Zusammenhang mit der Fördermittelvergabe geben die sich immer mehr erhärteten Vorwürfe zu angeblich manipulierten Passagierzahlen allerlei Anlass zu Vermutungen. Schließlich waren diese Passagierzahlen die Voraussetzung - wir haben es schon mehrfach gehört -, um den weiteren Ausbau des

Flughafens voranzubringen. Nach wie vor gibt es aber erhebliche Abweichungen der Passagierzahlen der verschiedenen Stellen. Diese Abweichungen sind uns bis heute, auch in dieser Stunde hier, nicht plausibel erklärt worden. Ob und wie weit diese Abweichungen tatsächlich auf Manipulationen zurückgehen und ob das Ministerium als Fördermittelgeber hier eine besondere Rolle gespielt hat, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Das Beispiel zeigt aber, dass die beschriebene Interessenkollision durchaus bestehen kann. Ähnliche Interessenkonflikte sehe ich auch bei der LEG und bei der TTG, deren Aufsichtsräte Minister Reinholz führt. Auch hier sind potenzielle Fördermittelgeber die wesentlichen Aufsichtspersonen über die Gesellschaft. Unter Punkt 3 dieses Antrags soll die Landesregierung deshalb aufgefordert werden, dem Thüringer Landtag unter Einbeziehung der Prüferfahrungen des Thüringer Rechnungshofs schriftlich zu berichten, welche Interessenkollisionen für die Mitglieder der Landesregierung durch die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten von Landesunternehmen auftreten können. Wir können hieraus wichtige Erkenntnisse gewinnen, wie wir dieses sensible Thema in Thüringen zukünftig besser regeln können, als es derzeit der Fall ist. Die bisherigen Versuche - wir haben uns mit den entsprechenden Gesetzen mehrfach beschäftigt - sind gescheitert. Deshalb bitte ich heute noch mal namens der SPD-Fraktion - und Herr Wetzel hat es schon angekündigt, dass auch die CDU-Fraktion sich dem nähern kann - um Zustimmung zu unserem Antrag.

Übrigens, nicht nur wir oder der Rechnungshof halten die Vermeidung von beschriebenen Interessenkonflikten für geboten, sondern auch ein bekannter Professor aus Heidelberg. Auch wenn Herr Kirchhof nun kein Ministeramt mehr bekleiden möchte, so hat er im ZDF für diesen Fall unmissverständlich erklärt, aus ethischen und rechtlichen Gründen von allen Aufsichtsratsposten zurücktreten zu wollen und zu müssen. Warum legt die Landesregierung nicht auch solche ethischen und rechtlichen Maßstäbe an ihr Handeln an? Doch das hieße auch, dass dann Herr Althaus seine Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Pax-Bank aufgeben müsste. In diesem Fall ist überhaupt keine Rechtfertigung für diese Mitgliedschaft ersichtlich, weil es sich gar nicht um ein Unternehmen des Freistaats handelt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU:
Sehen Sie denn Interessenkollision in diesem Fall?)

Über die Interessenkollision haben wir hier wirklich schon x-mal diskutiert. Die Debatte führen wir doch jetzt nicht noch mal, Herr Schwäblein, oder? Es ist klar.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Sie wissen es nicht, das ist doch keine Antwort.)

Ich denke, wir haben schon genug Probleme der Aufsicht über unsere Unternehmen mit Landesbeteiligung. Die Mitglieder der Landesregierung sollten es daher tunlichst vermeiden, den Leitungsgremien solcher privaten Unternehmen anzugehören. Das schlechte Beispiel von Herrn Ministerpräsident Althaus sollte in Thüringen keine Schule machen. Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Bitte, Herr Abgeordneter Schwäblein.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich habe Ende August eine Kollegin im Verkehrsausschuss vertreten und deshalb konnte ich an der Sitzung teilnehmen und habe Informationen der Landesregierung entgegengenommen. Diese Sitzung war nicht öffentlich. Trotzdem war sie geeignet, die Fragen, die zum damaligen Zeitpunkt aufgeworfen waren, so zu beantworten, dass man mit weiteren Verdächtigungen zumindest zurückhaltend hätte sein können. An die Adresse von Herrn Lemke gerichtet und an die Frau Doht, die beide zugegen waren, soweit müssen Sie sich von mir zumindest den Vorwurf gefallen lassen, wie weit die Rufschädigung des landeseigenen Unternehmens auch durch Sie mit verursacht worden ist.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

(Beifall bei der CDU)

Es ist dann ziemlich schnell deutlich geworden, dass es Anwürfe gibt, dass die aber, wie es in Deutschland üblich ist - das mag Ihnen nicht gefallen, Herr Lemke, früher wurde das über Ihre Parteiversammlung geklärt, heute geschieht das im Rechtssystem.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Na klar.)

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Aber, wenn es Ihnen schwer fällt, seit die Organe der Rechtspflege hier tätig geworden sind, hat die Politik eigentlich zu schweigen, bis die Vorwürfe aufgeklärt sind.

(Beifall bei der CDU)

So viel Geduld sollten auch Sie von der Opposition nun tatsächlich mitbringen. Das ist der eine Umstand, weshalb ich mich nicht darauf eingelassen habe, in Ihre Unterlagen zu schauen. Der zweite ist, dass wir in der Sitzung des Verkehrsausschusses - wie ich finde, berechtigt - den Wunsch geäußert haben, bitte alle Abgeordnetenkollegen in gleichem Maße zu informieren. Das ist von Ihnen dezidiert abgelehnt worden. Da werde ich doch nicht 14 Tage später bei Ihnen Einblick in die Unterlagen nehmen und mich dann besser stellen als meine Kollegen, und das auf deren Kosten. Das fällt in dem Maße aus. Dieses „Teile und Herrschen“ mache ich nicht mit.

Und zu Frau Doht: Ich hätte Ihnen - wenn Sie mich vorher gefragt hätten - empfohlen, die Rede, die man Ihnen offensichtlich aufgeschrieben hat, mal vorher zu lesen,

(Unruhe bei der SPD)

dann hätten Sie nicht behauptet, dass die Bürger den Abgeordneten zu dienen hätten.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Haben Sie es auch ...?)

Ich glaube, Sie meinen bestimmt das Gegenteil und hätten das bitte dann auch noch so korrigieren können. Ich weiß nicht, ob Sie erfasst haben, was Sie da gesprochen haben.

(Beifall bei der CDU)

Insoweit will ich das für uns zumindest klarstellen: Wir dienen den Bürgern, dafür sind wir gewählt,

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Dann tun Sie es doch.)

auch ich, ganz bestimmt. Damit komme ich auf diese herablassende Äußerung von Herrn Lemke meine Person betreffend zu sprechen. Herr Lemke, dass es zum Glück damals mehrere gab wie mich, die auch für das, was sie getan haben, durchaus viel riskiert haben, das ist der Umstand, dass Sie heute hier in diesem Parlament solche Hassreden halten dürfen.

(Heiterkeit und Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Das will ich Ihnen nur mal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU)

Es gab Bürger, die schon vor 1989 den Kopf gehoben und den Mund nicht gehalten haben.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Wie Sie?)

Ich darf mich da dazuzählen, durchaus.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Habe ich Sie erlebt bei der Betrügerwahl Ihrer Partei 1989? Haben Sie Anzeige wegen Wahlbetrugs erstattet, Frau Thierbach? Davon ist nichts aus Ihrer Biografie bekannt, absolut nichts.

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Wissen Sie, was ich getan habe, Herr Schwäblein?)

Da sollten wir das durchaus mal dabei belassen; das ist nicht der Punkt, dies heute hier so darzustellen.

Zu den unterschiedlichen Zahlen dieser Verkehrsbewegung am Flughafen ist im Ausschuss sehr deutlich gemacht worden, dass es unterschiedliche Zählweisen gibt. Sie akzeptieren nur die eine, die die niedrigeren Zahlen liefert. Es ist aber auch glaubhaft gemacht worden, dass selbst der größte Flughafen Deutschlands in Frankfurt zweierlei Zählweisen pflegt und dass beide offiziell anerkannt sind. Deshalb - bevor da nichts anderes bewiesen ist - sollten Sie mit Anschuldigungen ganz, ganz vorsichtig sein. Das ist wieder dieser Punkt Rufschädigung, der bei Ihnen so locker von der Hand geht, ohne tatsächlich die Betroffenen auch noch schlechter zu stellen, als Sie es vielleicht möglicherweise wollen.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Sie müssen die Betroffenen hören.)

Dann wird von Ihnen behauptet, es gäbe eine Rechtsanwaltskanzlei in Erfurt, absolut CDU-lastig. Ich kenne zwei Mitglieder persönlich, einer gehört der CDU an; eine andere Dame, die mal Staatssekretärin dieser Landesregierung war, gehört der SPD an. Was tun Sie diesen Leuten eigentlich an mit Ihrer Rufschädigung, die Sie hier heute vom Pult aus ablassen?

(Beifall bei der CDU)

Also etwas mehr Sorgfalt sollte auch von Oppositionsabgeordneten verlangt werden dürfen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn der Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion Betroffenen Hinweise gibt und Ihnen auch einen Rat gibt, von welchem renommierten Arbeitsrechtler sie möglicherweise am besten vertreten werden, dann kann ich daraus überhaupt keinen Punkt der Kritik erkennen. Damit ist er so weit gegangen, wie er gehen kann, denn wenn ein Verfahren im Bereich der Justiz liegt,

vor Gericht oder bei der Staatsanwaltschaft, dann haben wir Politiker schier zu schweigen, sowohl mit Mutmaßungen als auch mit öffentlichen Äußerungen.

(Zwischenruf Abg. Lemke, Die Linkspartei.PDS: Das war zu dem Zeitpunkt schon bekannt.)

Da gibt es die Gewaltenteilung, die sie partout nicht anerkennen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir lassen uns auf dieses Spiel nicht ein. Für uns gilt - wie es der Kollege Wetzelsch schon gesagt hat - die Unschuldsvermutung sowohl bei den Betroffenen, die sich möglicherweise durchaus zu Recht an ein Gericht oder die Staatsanwaltschaft gewandt haben, aber genauso gilt das für den Geschäftsführer.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Aber Sie haben eine Aufsichtspflicht.)

Da müssen wir auch dabei bleiben, dass es ein Kontrollorgan dieser Gesellschaft gibt, das ist der Aufsichtsrat.

(Zwischenruf Abg. Matschie, SPD: Das hat nicht funktioniert.)

Es hat funktioniert. Er hat sich mit den Vorwürfen befasst. Und jetzt komme ich auf das Mitglied des Aufsichtsrates (damals noch Aufsichtsratsvorsitzender) zurück. Jetzt riskiere ich etwas und hoffe, dass ich dafür keine Strafe abbekomme.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Schwäblein, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Einen kleinen Moment bitte. Ich habe aus der Kenntnis der Aufsichtsratssitzung noch sehr gut im Ohr, dass Herr Richwien, nachdem ihm Anwürfe bekannt wurden, zuallererst beim Betriebsrat nachgefragt hat, was an diesen Anwürfen dran ist. Wenn ich mich noch recht erinnere, hat der Betriebsrat zum damaligen Zeitpunkt noch keinerlei Kenntnis von Problemen gehabt. Jetzt verlangen Sie zu diesem Zeitpunkt ein Einschalten der Staatsanwaltschaft. Ist das nicht ein Stück überzogen?

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Darüber sollten Sie einmal nachdenken, ehe Sie solche Pauschalbeschuldigungen heute hier aufwerfen. Der Aufsichtsrat hat sich der Sache angenommen.

Ich habe dort mit dem Aufsichtsratsmitglied Kallenbach gesprochen, der mein Stadtratskollege ist und als Stadtrat - die Stadt Erfurt hat 5 Prozent Beteiligung am Flughafen - sehr wohl auch die Interessen für das Unternehmen und für die Stadt in gleichem Maße wahrnimmt; nicht für die Politik, das wird gelegentlich mal wieder falsch dargestellt. Aufsichtsräte sind zuallererst dem Unternehmenswohl verpflichtet, das darf immer mal wieder betont werden, und der hat mir glaubhaft gemacht, dass sie sich mit allen Anwürfen beschäftigt haben und für alle Anwürfe - zumindest nach seiner Auskunft - hat es glaubwürdige, stichhaltige Belege gegeben, die sie widerlegt haben. Sollte Weiteres angeführt werden, muss sich erneut der Aufsichtsrat damit befassen, nicht das Landesparlament;

(Beifall bei der CDU)

wir haben ein Kontrollgremium, wir sind auch nicht der bessere Aufsichtsrat eines Landesunternehmens. Sie überheben uns mit diesen Ansprüchen, die Sie hier stellen. Wenn sich Anwürfe als stichhaltig erweisen sollten, steht es jedem frei, der Belegschaft und anderen, sich an die Staatsanwaltschaft und die Gerichte zu wenden. Dieser Weg wieder gewonnener Rechtssicherheit, der sollte hier gewählt werden und nicht die vielen, vielen Mutmaßungen, die gerade im Vortragen und im Inhalt an Bösartigkeit kaum noch zu überbieten sind. Herr Lemke, das war keine Sternstunde des Parlaments, was Sie hier heute abgeliefert haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber jetzt bitte Ihre Zwischenfrage.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Abgeordneter Lemke, Ihre Zwischenfrage.

Abgeordneter Lemke, Die Linkspartei.PDS:

Herr Schwäblein, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Gespräch mit Ihrem Herrn Minschke vor dem Termin war, als die Strafanzeige gestellt wurde? Und wenn Sie dazu bereit sind, dann nehmen Sie bitte das zurück, was Sie eben behauptet haben, dass die Staatsanwaltschaft da schon wegen Nötigung ermittelt hat. Das hat sie nämlich nicht.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Es gab zumindest vor dem Arbeitsgericht bereits anhängige Fälle zu diesem Zeitpunkt. Da werden Sie mir wohl zustimmen. Wenn ich recht informiert bin, gab es bereits arbeitsrechtliche Verfahren, und Herr Minschke hat wohl auch einen Arbeitsrechtler

empfohlen. Damit ist das, was ich gesagt habe, überhaupt nicht zurückzunehmen. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Mir liegen von Abgeordneten keine weiteren Redemeldungen vor. Herr Minister Schliemann bitte.

Schliemann, Justizminister:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte zum Antrag der SPD und daraus zu III. des Antrags noch einen ganz kurzen Hinweis geben für die Landesregierung. Der Antrag zielt auf eine kleine Unverschämtheit, würden wir dem nachkommen müssen, gegenüber dem Landesrechnungshof. Der Antrag lautet nämlich, wir sollen bis zum 1. November als Landesregierung etwas berichten unter Berücksichtigung der Prüferfahrung des Landesrechnungshofs. Dieser Antrag ist erkennbar ja bezogen auf die Gegenstände, die sich um den Flughafen Erfurt ranken. Der Landesrechnungshof hat dort seine Prüfungen aufgenommen. Er ist ein völlig selbständiges, rechtlich selbständiges Organ. Es steht der Landesregierung nicht an, diesem Organ irgendwelche Fristen zu setzen, so dass wir auch nicht bis zum 1. November irgendetwas berichten können.

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter kleiner Hinweis: Es ist nicht hilfreich für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, wie sie denn von allen Seiten hier im Haus gewünscht werden ob einiger Vorgänge am Flughafen Erfurt, wenn von vornherein Seitenbemerkungen gemacht werden wie „Die könnten auch schneller ermitteln.“ u.Ä.

(Beifall bei der CDU)

Staatsanwälte ermitteln im Rahmen der Aufgaben, die sie haben, und mit der Zeit und dem Nachdruck, der nötig ist. Heute ist nicht die Ermittlung erst begonnen worden, sie hat vorher begonnen. Es beginnt damit, dass etwas eingeht, und es war nicht allein die anonyme Anzeige, es waren vorher auch schon Zeitungsberichte, die zum Nachdenken bei der Staatsanwaltschaft darüber geführt haben, ob denn ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen ist. Danke schön.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Das Wort hat der Abgeordnete Buse, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich hatte gedacht - weil wir uns in den letzten Minuten der Debatte hier rumgeschlagen haben mit, wenn staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen, hat das Parlament Ruhepause -, dass der Mercedes unter den Juristen in Thüringen wenigstens dazu noch eine Äußerung macht. Denn ich muss Ihnen sagen, Herr Wetzlar, nach meiner Auffassung trifft es eben nicht zu, dass staatsanwaltschaftliche Ermittlungen der Wahrnehmung parlamentarischer Kontrolle dieses Parlaments entgegenstehen, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Der Logik dieser Argumentation, auch von Herrn Schwäblein, folgend, hieße ja, alle Untersuchungsausschüsse, in deren Sachzusammenhang staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gemacht werden, hören mit ihrer Arbeit auf. Wo kämen wir denn da hin?

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS: Dahin, wo die CDU hin will.)

Wir haben heute aus den Darlegungen des Herrn Ministers gehört: In der Geschäftsführung der Flughafen Erfurt GmbH ist, wie sicherlich auch in allen anderen Landesgesellschaften, alles in Ordnung.

Präsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Schipanski:

Herr Abgeordneter Buse, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Aber gern.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Herr Kollege Buse, würden Sie zur Kenntnis nehmen, dass im Untersuchungsausschuss zur TSI, dem ich angehört habe, die Fragenkomplexe, mit denen sich auch die Staatsanwaltschaft beschäftigt hat, solange sie dort tätig war, im Untersuchungsausschuss ausgesetzt waren. Damit ist meine Aussage hoffentlich belegt.

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Nein, eben nicht, da kann ich Ihnen nicht zustimmen. Die Arbeit des Untersuchungsausschusses zur Arbeit der TSI wurde in keinsten Weise eingestellt, zu zwei Sachfragen eventuell, wenn sie das jetzt meinen. Aber es geht ja hier, darauf wollte ich ja gern zurückkommen, nicht um ein Unternehmen in Thürin-

gen XY, es geht um eines der wenigen Landesgesellschaften, die es gibt. Wie oft haben wir uns hier im Parlament, Herr Dr. Schubert hat darauf hingewiesen, schon über die parlamentarische Rolle von Landesgesellschaften verständigt? Ich sage, es war scheinbar bisher alles für die Katz. Sie bleiben bei Ihrer starren Haltung, dort ist alles in Ordnung. Die Landesregierung ebnet über ihre Mitarbeit in den Aufsichtsgremien dort die Wege

(Heiterkeit bei der SPD)

und das Parlament wird informiert nach Gutdünken. Nämlich das, was wir heute gehört haben aus den Darlegungen des Ministers, kommt dem Berichtsersuchen im Antrag der Linkspartei.PDS in keinsten Weise nach. Das kann ich namens unserer Fraktion sagen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Wenn alles in Ordnung ist, wie das hier behauptet wird, warum gibt es denn dann eine Aufregung in dem Land? Warum sitzen oben Menschen, die es persönlich betrifft? Weil sie aufgehetzt worden sind von der SPD-Fraktion oder der Linkspartei.PDS?

(Unruhe bei der CDU)

Ich glaube, doch aus einem ganz eigenen Interesse und aus ganz persönlichen Belangen. Die mögen bei den Einzelnen überzogen sein, das will ich ja gar nicht in Abrede stellen, aber es gibt doch hier Problemlagen in einer Landesgesellschaft, in denen das Parlament, wie ich meine, verpflichtet ist, denen nachzugehen,

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

es sei denn, man hat eine andere Vorstellung von Ordnung. Seitens der Landesregierung gibt es, jedenfalls in der Öffentlichkeit wahrnehmbar, an der Flughafen Erfurt GmbH keine Kritik. Scheinbar geht es auch in der Geschäftsführung der Erfurter Flughafen GmbH ausschließlich um die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes, so wie es schön heißt im Aktiengesetz bzw. im GmbH-Gesetz.

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: So ist es.)

So ist es, Herr Minister. Dann frage ich mich, warum solche Aufregung auch hier überall herrscht. Ich glaube, es geht nicht nur darum, die Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes zu wahren, sondern es geht bei Landesgesellschaften um ein Stück mehr, insbesondere was die Aufsichtspflicht der in die Aufsichtsgremien delegierten Personen durch die Landesregierung betrifft. Ich weiß nicht, Herr Wetzel oder

auch - Herr Schwäblein, Entschuldigung, jetzt hatte ich einen Hänger, danke -, ob Sie die Hinweise kennen für die Veranlassung des Freistaats Thüringen, von für Überwachungsorgane von Landesbeteiligungen gewählte oder entsandte Personen. Da gibt es nämlich klare Handlungsrichtlinien und Empfehlungen, wie das dort zu handhaben ist.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS: Hast du eine Ablichtung gemacht für ihn?)

Nein, ich habe ja gedacht, ich habe keine besondere Information, über meine Informationen verfügt die Mehrheitsfraktion auch. Davon kann man doch ausgehen, da es ja auch ein Landesmaterial ist und keines der Opposition.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: In dem Fall haben Sie auch Recht.)

Ja. Ich kann Ihnen nur eines sagen, Geschäftsführer von Landesgesellschaften, das könnte man exemplarisch an Äußerungen auch eines Geschäftsführers nachvollziehen, sind der Auffassung, dass Kontroll- und Steuerungsinstrumente des Landtags gegenüber den Landesgesellschaften nur dann angemessen sind, wenn sie dazu beitragen, das angestrebte Ziel zu erreichen. Da habe ich mich gefragt: Was ist das angestrebte Ziel? Da erhält man vom Geschäftsführer die Antwort: Das Ziel ist erklärmaßen die vorrangige Privatisierung von Staatsaufgaben. Aber Geschäftsführer scheuen sich in dem Zusammenhang gegenüber Dritten nicht zu erwähnen, dass die Kunden von Landesgesellschaften nicht mit einer wohl weniger verlockenden parlamentarischen Befassung ihrer Geschäfte rechnen müssen und die Verschwiegenheitsbelange dieser Landesgesellschaft gegenüber Dritten nicht infrage gestellt werden. Das bildet ja auch immer den Hintergrund der Ablehnung dessen, was wir mit parlamentarischer Betreuung von Landesgesellschaften hier von der Mehrheitsfraktion und auch der Landesregierung gefordert haben. Aber wenn dem so ist, und es ist ja gegenwärtig so, dass ein Mehr an parlamentarischer Kontrolle nicht gewollt oder gewünscht ist, dann sage ich, dann sind die in die Überwachungsorgane von Landesbeteiligungen gewählten oder entsandten Personen erst recht die Ansprechpartner des Parlaments und müssen sich auch Vorwürfe gefallen lassen, wenn wir meinen, da gibt es Unregelmäßigkeiten. Also, wenn dem so ist, und der Landtag hat sich ja bisher mit besonderer Beharrlichkeit dem Ansinnen der Opposition, beider Oppositionsfraktionen übrigens, verweigert, die parlamentarische Kontrolle des Landtags gegenüber den Landesgesellschaften zu verbessern, dann ist es hier schon auch der Ort und auch der richtige Ort, über diese Fragen zu diskutieren und sich aus-

einander zu setzen. Und ich glaube nicht, dass die Überwachung der Geschäftsführung sich nur auf die Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit sowie die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit in der Geschäftsführung beschränkt, also diese berühmte Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes, wie es auch in § 93 Aktiengesetz oder in § 43 GmbH-Gesetz niedergelegt ist.

(Zwischenruf Abg. Wetzel, CDU: Ich denke schon.)

Nein. Sie sollten Ihre Landeshaushaltsordnung lesen, da den § 65 Abs. 6, wo verankert ist, dass das zuständige Ministerium darauf hinwirken soll, dass die auf Veranlassung des Landes gewählten oder entsandten Mitglieder der Aufsichtsorgane der Unternehmen bei ihrer Tätigkeit auch die besonderen Interessen des Landes zu berücksichtigen haben.

(Unruhe bei der CDU)

(Zwischenruf Reinholz, Minister für Wirtschaft, Technologie und Arbeit: Das machen sie ja, genau das.)

Ja, das ist die Frage jetzt wieder, Herr Minister, was sind die besonderen Interessen des Landes. Jetzt sage ich mal, da hätte ich mir gewünscht, dass der Justizminister wenigstens einen Reflex darauf gemacht hätte, dass es nicht nur dazu gehört, wie es heißt - ich darf zitieren, darum sind auch extra die Unterscheidungen gemacht: „Der Aufsichtsrat hat den Vorteil der Gesellschaft zu wahren und Schaden von ihr abzuwenden.“ - richtig - und dann kommt dieser Satz: „Er hat auch die besonderen Interessen des Landes zu wahren.“ Es geht um mehr als nur wirtschaftliche Betriebsführung etc. Nun habe ich mich gefragt: Was gehört zu den Interessen des Landes - Mobbing dulden, unsaubere Geschäfte eines Geschäftsführers decken?

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, Die Linkspartei.PDS: Offensichtlich.)

Ich habe das nicht unterstellt, ich sage nur: Was gehört dazu? Ich glaube, es steht in Artikel 42 der Landesverfassung, dass die vollziehende Gewalt die Grundrechte, die in der Landesverfassung Thüringen niedergelegt sind, auch zu berücksichtigen hat. Und da stehen Grundrechte für Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, die immer so schön hoch gehalten werden. Ich glaube, das ist auch ein Interesse des Landes, dass die Vertreter in diesen Gremien darauf achten. Da wird hier erzählt, die Opposition verheimlicht Informationen. Da wird erzählt, ich habe Briefe bekommen, aber die waren anonym, und was macht man mit anonymen Briefen in anderen Ländern?

(Unruhe bei der CDU)

Ja, in diesen Hinweisen steht drin, dass die Mitglieder in Aufsichtsgremien die Pflicht haben, sich über Belange der Gesellschaft hinreichend zu informieren. Ich glaube, auch anonyme Vorwürfe, weil Menschen Angst haben, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, sind geeignet für Mitglieder in diesen Gremien, sich wenigstens sachkundig zu machen und sich nicht plakativ hinter die Geschäftsführung zu stellen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Ich glaube, diese hinreichenden Informationen, wenn ich den Zwischenruf von Herrn Richwien vorhin richtig gedeutet habe, dass es ja anonyme Vorwürfe gegeben hat, denen muss man nicht unbedingt gleich nachgehen usw.

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär: Habe ich aber trotzdem gemacht, Herr Buse. Nehmen Sie das mal zur Kenntnis.)

Ja, aber Ihren Zwischenruf habe ich - ja, aber ich weiß nicht, ob es hinreichend war, sich zu informieren. Entschuldigen Sie, wenn ich daran zweifle.

(Zwischenruf Richwien, Staatssekretär: Wieder Mutmaßungen.)

Ja. In diesem Zusammenhang zeigt die heutige Debatte erneut, dass es angeraten wäre, über die parlamentarische Kontrolle der Landesgesellschaften im Freistaat Thüringen weiterhin die Diskussion zu führen. Ich glaube, ob die Zustände in der Flughafen Erfurt GmbH zu verhindern gewesen wären, sei da völlig außen vor, sondern wir sollten uns als Parlament dazu zwingen, einen größeren Einfluss der Kontrollmöglichkeit auf die Landesregierung bei der Privatisierung von Landesaufgaben, insbesondere in Landesgesellschaften, zu haben. Dafür würden wir uns - jedenfalls unsere Fraktion - auch weiterhin einsetzen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die SPD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Dr. Schubert zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Schubert, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal ganz konkret auf die Punkte I und III unseres Antrags eingehen. Für mich ist, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, nicht nachvollziehbar, warum Sie Punkt I nicht zustimmen wollen, wie es Herr Wetzel hier angekün-

digst hat. Hier soll doch lediglich der Rechnungshof gebeten werden, die Vorgänge auf dem Flugplatz betreffs der wirtschaftlichen und sparsamen Verwendung von Haushaltsmitteln zu untersuchen. Warum kann diesem Antrag nicht zugestimmt werden? Und zu III - Herr Schliemann ist gerade nicht da -, dieser Punkt bezieht sich nicht ausschließlich auf den Flughafen, sondern hier steht: "Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag unter Einbeziehung von Prüferfahrungen des Thüringer Rechnungshofs bis zum 1. November 2005 schriftlich zu folgender Frage zu berichten: Können durch die Mitgliedschaft von Vertretern der Landesregierung in Aufsichtsräten von Unternehmen mit Landesbeteiligung Interessenkollisionen der Tätigkeit der Regierungsmitglieder innerhalb der Landesregierung auftreten? Das ist vollkommen allgemein gehalten und bezieht sich nicht explizit auf den Flughafen, sondern die Erfahrungen, die bis heute beim Rechnungshof vorliegen, die sollen da einbezogen werden. Da kann man doch zustimmen, meine Damen und Herren. Danke.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Für die Landesregierung hat sich Minister Trautvetter zu Wort gemeldet.

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Herr Dr. Schubert, ich empfehle Ihnen für Ihre letzte Äußerung auch einen Blick in das Rechnungshofsgesetz. Der Rechnungshof ist eine selbstbestimmte Einrichtung

(Beifall bei der CDU)

und er entscheidet, in welchen Fristen er welche Prüfung vornimmt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schubert, SPD:
Ich habe es doch vorgelesen.)

Ja und deswegen kann man ihm keine Vorschriften machen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Herrn Buse. Es passiert selten, dass ich mich bei jemandem von der PDS bedanke, weil Sie die Aufsichtsfunktion, die Kontrollfunktion sehr exakt beschrieben haben.

(Zwischenruf Abg. Gerstenberger, Die
Linkspartei.PDS: Tun Sie nicht so, als ob
Sie das nicht wüssten.)

Darauf sollten wir uns beschränken. Aber drei Viertel der Vorwürfe, über die wir heute geredet haben oder über die die Opposition geredet hat, sind Vorwürfe, die eine persönliche Betroffenheit von Mit-

arbeitern beinhalten. Das ist der Bereich - das sage ich ganz deutlich, ich möchte weder Betriebsverfassungsgesetz noch Mitbestimmungsgesetz aushebeln -, der gehört dort in Gremien, der gehört in Untersuchungsorgane der Justiz und der gehört nun mal nicht ins Parlament. Das, was die Gesellschaft betrifft, das können wir hier trefflich debattieren - über alles. Ich debattiere auch über die Interessenkollision, die Dr. Schubert hier angemahnt hat, das machen wir gerne. Aber bitte, wo grenzen wir ab? Bei Landesgesellschaften gibt es eine Interessenkollision? Was ist in kommunalen Gesellschaften - Sparkassen, KoWos, Stadtwerke, regionale Verkehrslandeplätze?

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Nobitz!)

Wo grenzen wir das ab? Es gibt kein zweierlei Recht für Land und für die kommunale Ebene.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das debattieren wollen und wenn Sie Anträge diesbezüglich einbringen wollen, dann müssen Sie das generell in Thüringer Recht umsetzen und müssen sagen, es geht weder bei Landesgesellschaften noch bei kommunalen Gesellschaften. Dann müssen Sie es ganz konsequent machen. Das, was heute hier gesagt worden ist zu dem heutigen Zeitungsartikel, da würde ich manchmal empfehlen, sich erst einmal kundig zu machen,

(Zwischenruf Abg. Thierbach, Die Linkspartei.PDS: Bei Ihnen!)

denn der konkrete Vorgang ist dem Ministerium für Bau und Verkehr bekannt. Es ist eine Information über die Schneesituation am 16.02.2005. Es war nicht auf der Landebahn, sondern auf einem Rollweg zur Landebahn. Dort waren zwei Millimeter festgefahrene Schneedecke und alle Piloten, die gestartet und gelandet sind, waren über diese Situation am Flughafen Erfurt informiert, schriftlich informiert. Es hat bezüglich der Landungen und der Starts keine Gefährdungen gegeben. Da empfehle ich ganz einfach mal, dass man sich kundig macht und danach erst mit Behauptungen in die Öffentlichkeit geht.

In einem Punkt muss ich noch einmal den zeitlichen Werdegang erläutern. Es gibt ein anonymes Schreiben vom 30.05.2005 an Herrn Staatssekretär Roland Richwien. Da stehen auch die Mobbingvorwürfe drin. Das anonyme Schreiben endet mit einem Satz: Sprechen Sie mit dem Betriebsrat und machen Sie sich ein Bild davon. Genau das ist getan worden. Es ist mit dem Betriebsrat gesprochen worden, mit dem Betriebsratsvorsitzenden. Der Betriebsratsvorsitzende hat vollkommen korrekt gesagt, diese Sachen bedürfen einer internen Klärung. Er hat auch

gesagt, bislang sei noch kein Mitarbeiter auf ihn zugekommen, um tätig zu werden. Und genau das ist auch der Punkt, wo die Klärung solcher Vorwürfe hingehört. Ich sage es noch einmal: Ich werde das Betriebsverfassungsgesetz nicht aushebeln. Ich werde, wenn es persönliche Betroffenheit gibt, auch nicht den Anspruch aushebeln, dass solche Vorwürfe durch die Justiz und durch die Staatsanwaltschaft untersucht und verfolgt werden müssen.

Dann gibt es ein zweites anonymes Schreiben, weil vorhin gesagt worden ist, das hätten wir ja alle schon vorher gehabt, das ist datiert vom 7. Juli. Das ist mit Schreiben vom 11. Juli an Herrn Matschie geschickt worden, in Kopie an Herrn Bodo Ramelow und eine weitere Kopie an einen uns bekannten und auch in dem Schreiben erwähnten Journalisten. Dieses Schreiben ist im Ministerium eingegangen, Faxmeldung 18.08. um 14:26 Uhr. Das zu Ihren Vorwürfen, wir hätten das zweite Schreiben schon am 30.05. gehabt und wären nicht tätig geworden.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage durch den Abgeordneten Matschie? Bitte, Herr Matschie.

Abgeordneter Matschie, SPD:

Herr Minister, sind Sie der Auffassung, dass das Land seiner Aufsichtspflicht im Fall Flughafen Erfurt umfassend nachgekommen ist - Ja oder Nein?

Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr:

Nach dem jetzigen Erkenntnisstand ja. Ich bewerte nicht eventuelle Mutmaßungen, Vorwürfe, sondern ich bewerte das Ergebnis von Untersuchungen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen habe ich auch Recht, wenn ich sage, die Veröffentlichung war am 06.08., eine zweite Veröffentlichung am 10.08. Danach sind die Schreiben an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden. Sie hätten, wenn das Schreiben am 11.07. an die Betroffenen gegangen ist, dort am 12.07. eingegangen ist, dies auch schon am 12.07. an die Staatsanwaltschaft weiterleiten können. Dann wäre die Staatsanwaltschaft heute vier Wochen weiter gewesen. Man hätte vielleicht schon Ermittlungsergebnisse.

(Beifall bei der CDU)

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es gibt offensichtlich keine weiteren Redewünsche mehr. Doch, Herr Abgeordneter Lemke, Die Linkspartei.PDS.

Abgeordneter Lemke, Die Linkspartei.PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Minister Trautvetter, es ist schon ganz schön dreist zu sagen -

(Zwischenruf Dr. Sklenar, Minister für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt)

meckern Sie ruhig rum, das ist egal -, der Aufsichtsrat oder die entsprechenden Gremien sollen handeln. Der Aufsichtsrat tut es nicht, der Gesellschafter handelt nicht. Also ist es doch automatisch an dieses Haus zurückgegangen, dass dieses Haus endlich den Gesellschafter auffordert oder den Aufsichtsrat, in dem dieses Haus auch vertreten ist, zu handeln.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Das können Sie doch nicht einfach einmal so negieren. Sie tun ja so, als ob hier alles bestens ist. Hier ist nichts bestens. Sie wollen drei Viertel aller Vorwürfe durch diese entsprechenden Gremien klären lassen. Durch wen denn?

(Zwischenruf Trautvetter, Minister für Bau und Verkehr: Die Staatsanwaltschaft untersucht doch.)

Nein, die Staatsanwaltschaft untersucht doch noch gar nicht, solange - diese Mobbingvorwürfe zum Beispiel. Das hätten wir vorher hier alles klären können. Sie hätten entscheiden können. Wir hätten die Staatsanwaltschaft gar nicht gebraucht. Wenn die zwei Leute nicht da sind, brauchen wir die Staatsanwaltschaft nicht.

(Zwischenruf Abg. Heym, CDU: Spinner!)

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter Heym, Ihre Bezeichnung „Spinner“ ist einen Ordnungsruf würdig.

Abgeordneter Lemke, Die Linkspartei.PDS:

Sie sprechen davon, dass der Betriebsrat intern klären soll. Haben Sie sich einmal angeschaut, wie groß die Fluktuation in diesem Betriebsrat in den letzten Jahren war, und haben Sie sich einmal gefragt, warum das so ist? Weil dort mit Angst und Schrecken

von dieser Geschäftsleitung gegen den Betriebsrat gearbeitet wird. Schon die Wahl ist massiv behindert worden. Die wollen keinen Betriebsrat und dann wundern Sie sich, wenn der Betriebsrat darüber redet, dass er erst einmal intern klären will, inwieweit er sich aus dem Fenster lehnen kann! Sie brauchen sich doch nicht zu wundern. Wenn die Belegschaft erst einmal anonym herausgeht, dann sollten Sie sich fragen, warum sie das tut. Das tut sie nicht, weil sie gerade einmal Langeweile hat, sondern weil sie Angst hat, Angst vor diesem Regime, was dort oben herrscht und das Sie massiv stützen. Sie sollten endlich anfangen zu handeln!

(Beifall bei der Linkspartei.PDS, SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie sind persönlich von Mitgliedern des Flughafens bzw. von Kolleginnen des Flughafens angesprochen worden zu helfen. Sie haben das, weil Sie sicherlich auch andere Dinge zu tun haben, weiterdelegiert. Nun ist aber die delegierende Stelle überhaupt nicht bereit zu helfen. Was sagen Sie jetzt den Mitarbeitern, die Sie gefragt haben? Was sagen Sie denen konkret, wie Sie helfen wollen? Die delegierende Stelle hat es nicht getan. Jetzt sind Sie wieder gefordert. Sagen Sie den Mitarbeitern jetzt, wie Sie helfen wollen. Vielen Dank.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

(Unruhe bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Es liegen keine weiteren Wünsche zur Aussprache mehr vor. Damit schließe ich die Aussprache zum Bericht. Ich kann davon ausgehen, dass das Berichtersuchen erfüllt ist zu Nr. 1 des Antrags der Fraktion der Linkspartei.PDS. Herr Abgeordneter Buse.

Abgeordneter Buse, Die Linkspartei.PDS:

Ich hatte in meinem Redebeitrag schon meine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht. Meine Fraktion stützt meine persönliche Meinung. Nach unserer Auffassung ist das Berichtersuchen nicht erfüllt.

(Beifall bei der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Dann lassen wir darüber abstimmen. Wer der Meinung ist, dass das Berichtersuchen erfüllt ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Danke schön. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Es gibt keine Stimmenthaltungen. Damit hat eine Mehrheit entschieden, dass das

Berichtersuchen erfüllt ist.

Ich komme nun aus dem Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS in der Drucksache 4/1184 zur Abstimmung über die Nummer 2 des Antrags. Dort ist keine Ausschussüberweisung beantragt worden. Wir stimmen also direkt darüber ab. Wer dieser Nummer 2 des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Danke schön. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Es gibt keine Stimmenthaltungen. Mit einer Mehrheit ist die Nummer 2 des Antrags abgelehnt worden.

Ich rufe nun die Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 4/1165 auf. Dort ist angekündigt worden, dass man die römischen Ziffern einzeln abstimmen möchte. So werde ich als erstes über Nummer I des Antrags in Drucksache 4/1165 abstimmen lassen. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte. Danke schön. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Mit Mehrheit ist die Nummer I des Antrags abgelehnt.

Dann kommen wir zu Nummer II des Antrags - der schriftliche Bericht, der bis zum 01.11.2005 vorgelegt werden soll. Wer dem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Gibt es hier Gegenstimmen? 1 Gegenstimme. Danke. Stimmenthaltungen? Es gibt auch 1 Stimmenthaltung. Dann ist mit einer Mehrheit die Nummer II des Antrags angenommen worden.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Nummer III. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Danke schön. Die Gegenstimmen bitte? Danke schön. Gibt es hier Stimmenthaltungen? Stimmenthaltungen gibt es nicht. Mit einer Mehrheit ist die Nummer III des Antrags abgelehnt.

Ich stelle nur fest, dass aus dem Antrag in Drucksache 4/1165 die Nummer II, nämlich den schriftlichen Bericht bis zum 01.11.2005 vorzulegen, mit Mehrheit angenommen worden ist.

Ich schließe die Tagesordnungspunkte und damit auch die heutige Sitzung. Ich verweise darauf, dass die nächsten planmäßigen Plenarsitzungen am 6. und 7. Oktober 2005 stattfinden, und wünsche einen guten Heimweg.

Ende der Sitzung: 17.48 Uhr